

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 126

JANUAR/FEBRUAR 1997

DM 1,-

Viertes Reich giert nach Weltmachtrolle

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 2981
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212-287-1025

Am 13. Dezember 1996 beschloß der Bundestag die Ausweitung der imperialistischen Intervention auf dem Balkan und damit den ersten expliziten Kampfeinsatz im Ausland seit der Zerschlagung von Hitlers Wehrmacht. Nachdem sich das selbstbewußte und enorm verstärkte wiedervereinigte Deutsch-

Rivalität zwischen BRD und USA spitzt sich zu

land schon an zahlreichen Auslandseinsätzen beteiligt hat, wird das Bundeswehr-Kontingent von 3100 Soldaten im Rahmen der von der NATO aufgestellten SFOR-Truppe (Stabilization Forces) nach den USA, Britannien und Frankreich das viertgrößte sein. Zum ersten Mal wurde ein deutscher General als Stabschef bestimmt. Der Bosnien-Einsatz ist für die deutsche Bourgeoisie ein wichtiger Schritt, sich als Großmacht wieder zu behaupten.

Die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock hat dem Ausbruch interimperialistischer Rivalitäten Tür und Tor geöffnet, die bisher zugunsten der gemeinsamen Feindschaft gegenüber den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Konterrevolution verschaffte dem deutschen Imperialismus neue Möglichkeiten zum Kapitalexpert für die Ausbeutung von Arbeitskräften in der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen, die er in die Europäische Union (EU) und NATO einbeziehen will. Bereits heute ist Deutschland der Hauptgläubiger von Jelzins Rußland und dokumentiert schon allein damit den fortgesetzten Drang nach Osten. Gleichzeitig investieren deutsche Konzerne zunehmend in Asien, und sie konkurrieren mit den USA und anderen Mächten um die strategisch wichtigen Ölreserven des Nahen Ostens und Zentralasiens. Die USA antworteten mit Wirtschaftssanktionen gegen Investitionen in Iran und Libyen,



N. Maskus/LASA



junge Welt

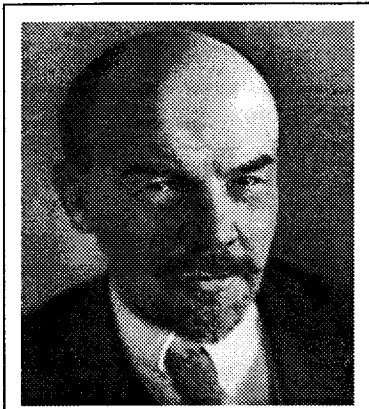
„Festung Europa“ bedeutet: Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan und rassistischer Bullenterror auf Baustellen

wo vor allem Frankreich und Deutschland aktiv sind, und die EU drohte mit Gegenmaßnahmen. Mit der Rückendeckung und oft im Interesse des mächtigeren deutschen Imperialismus preschte vor allem Frankreich vor, das gleichzeitig seine

Fortgesetzt auf Seite 7

Für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit!

Für den Kommunismus der „Drei L“!



Dietz Verlag

Wladimir Iljitsch Lenin



Dietz Verlag

Karl Liebknecht



Dietz Verlag

Rosa Luxemburg

In der Tradition der frühen kommunistischen Bewegung ehren wir Trotzisten im Januar die „Drei L“ des Bolschewismus: W.I. Lenin, der am 24. Januar 1924 gestorben ist, und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beide auf Geheiß der SPD am 15. Januar 1919 von den Freikorps ermordet wurden. Mit dieser Bluttat wurde die revolutionäre Führung enthauptet, und die Deutsche Revolution wurde niedergeschlagen. Dies trug zur Niederlage der Revolution von 1923 bei und beschleunigte zugleich den Aufstieg der nationalistischen Stalin-Bürokratie in der Sowjetunion und führte direkt zu Hitlers Machtübernahme.

Im Unterschied zu Lenins Bolschewiki, die mit der Spaltung von den Menschewiki 1903 den Grundstein für die Schmiebung der revolutionären Partei und damit für den Sieg der Russischen Revolution legten, erfolgte die Abspaltung der Spartakusgruppe von der SPD und von der zentristischen USPD viel zu spät. Als die Revolution ausbrach, war keine intakte revolutionäre Führung vorhanden, die sich an die Spitze der Massen stellen konnte. Gegen die SPD-Kampagne für „Einheit“, mit der Ebert/Scheidemann gegen die revolutionäre Polarisierung der Arbeiterklasse vorgingen, wies Karl Liebknecht auf die Bedeutung von Klarheit und Ziel hin, die im revolutionären Programm verkörpert sind.

Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erstreben als wir. Einigkeit, die das Proletariat stark macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit“ macht stark. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenzuketten heißt sie lähmen.

Gleichgerichtete Kräfte verbinden: das ist unser Bemühen; verschiedengerichtete Kräfte verkoppeln, um die radikalen Stoßkräfte der Revolution zu hemmen und abzulenken, das ist das Bemühen der jetzigen Einigkeitsapostel, wie es das Bemühen der Einigkeitsprediger im Kriege war. Politik ist Tat. Zusammenwirken zur Tat setzt Einigkeit über Weg und Ziel voraus. Wer mit uns in Ziel und Weg übereinstimmt, ist uns willkommener Kampfgenosse. Einigkeit im Geiste, in der Gesinnung, im Wollen und Handeln, das nur ist wahre Einigkeit. Einigkeit in der Phrase ist Irrlicht, Selbsttäuschung oder Betrug. Die Einigkeitsapostel, sie wollen die „Revolution“, die noch kaum begonnen, schon heute liquidieren; sie wollen die Bewegung „in ruhige Bahnen“ lenken, um die kapitalistische Gesellschaft zu retten; sie wollen dem Proletariat durch Wiederherstellung des Klas-

senstaates und Erhaltung der ökonomischen Klassenherrschaft die Macht wieder aus den Händen winden, während sie es durch die Einigkeitsphrase hypnotisieren. Sie fallen über uns her, weil wir dieses Vorhaben durchkreuzen, weil wir es ehrlich und ernst meinen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der sozialistischen Weltrevolution.

Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind als sozialistisch verkleidete Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter?

Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Anschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gilt nicht Einigkeit, sondern Kampf.

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können. Zerstreuung des Einigkeitsphrasennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot – heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus.

Karl Liebknecht,

Die Rote Fahne Nr. 4, 19. November 1918

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 126

Januar/Februar 1997

Rifondazione Comunista in Aufruhr

Proposta: linkes Anhängsel der Volksfront in Italien

Nachstehend drucken wir eine leicht gekürzte Übersetzung des Flugblatts ab, das die italienische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), die Lega trotskista d'Italia, bei der dritten nationalen Konferenz von Rifondazione Comunista (RC) am Wochenende des 14./15. Dezember in Rom verteilt hat. In der besten Tradition der leninistischen Schule des Parteaufbaus polemisiert das Flugblatt gegen die linkesten Elemente von RC – diejenigen, die sich in einem verrotteten Block unter der Führung der Pseudotrotzkisten um die Zeitschrift Proposta zusammengefunden haben –, um zu versuchen, die Besten für den Kampf um den Aufbau einer wirklich leninistisch-trotskistischen Partei zu gewinnen. Fast tausend Exemplare dieses Flugblatts wurden verteilt, über hundert Exemplare von Sparta-co wurden verkauft, und zehn Konferenzteilnehmer haben unsere Zeitung abonniert.

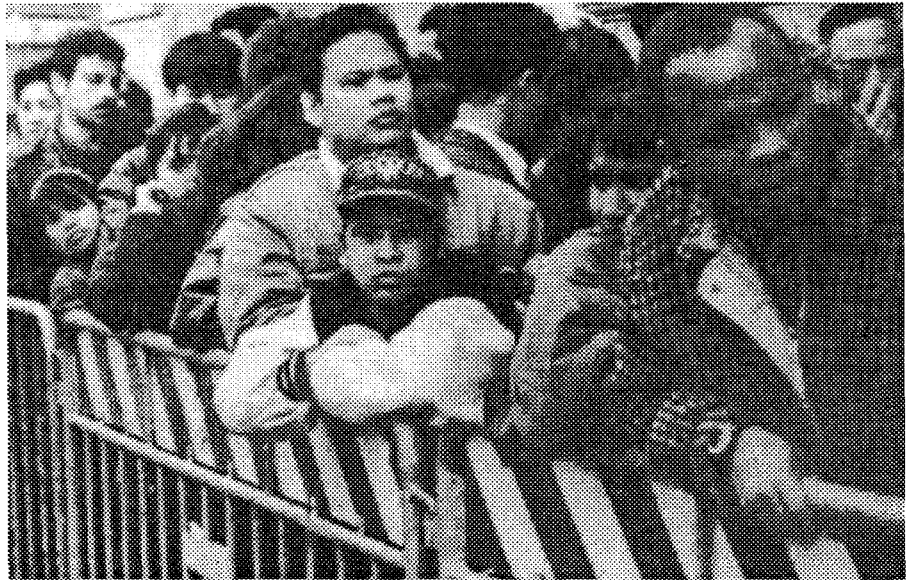
In Italien wird der Maastricht-Kahlschlag und die rassistische Repression gegen Immigranten von einer Volksfrontregierung durchgeführt. Diese bürgerliche Regierung, geführt von Romano Prodi, kettet mit der Teilnahme der exstalinistischen PDS und mit der entscheidenden Unterstützung von RC die Arbeiterklasse an Vertreter der Bourgeoisie. Die RC-Konferenz gab ihre offizielle Zustimmung zur andauernden Unterstützung für die Volksfrontregierung. Tatsächlich war Prodi selbst in der ersten Reihe auf der Konferenz anwesend, ebenso Vertreter anderer bürgerlicher Parteien.

Auf der Konferenz spielten die Rechtszentristen von Proposta ihre Rolle als pseudolinke Abdeckung und als Sicherheitsventil für aufgebrachte Mitglieder von RC. Proposta wird von führenden Vertretern der Internationalen Trotzkistischen Opposition (ITO), Marco Ferrando und Franco Grisolia herausgegeben, in Zusammenarbeit mit Livio Maitan, dem Führer der rechten Mehrheit des Vereinigten Sekretariats (VS, in Deutschland vertreten durch den Revolutionär Sozialistischen Bund). Proposta hat in den letzten 15 Jahren „Entrismus“ in Maitans Organisation betrieben.

Marco Ferrando, der offizielle Sprecher für den „Antrag 2“ der Minderheit, kritisierte die Rolle von RC bei der Unterstützung der Prodi-Regierung als ein Aufspringen auf den Zug nach Maastricht. Aber egal, welches Programm von der Parteimehrheit angenommen wurde, Proposta machte es klar, daß sie im Interesse der „Einheit“ das kleine rote Schlußlicht im Zug nach Maastricht sein werden. Während also die Zentristen von Proposta linke Rhetorik ausspucken können, können diese Parasiten nicht ohne ihren Wirtsorganismus leben. Nichts fürchten die Proposta-Leute mehr als den Kampf für die politische Unabhängigkeit des Proletariats von seinen Ausbeutern.

Der „Antrag 2“ wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Vielleicht noch bemerkenswerter: Die Parteimehrheit verabschiedete eine Resolution, die jede organisierte Opposition innerhalb von RC verbot. Doch nicht einmal diese bürokratische Maßnahme konnte Proposta von der rechten RC-Führung abkoppeln. Im Gegenteil, Proposta verdoppelte die Zahl ihrer Mitglie-

der (von zwei auf vier) im Politischen Komitee von RC auf nationaler Ebene. Der ganze Auftritt von Proposta auf der Konferenz ruft Trotzki's Artikel „Der Zentrismus und die IV. Internationale“ (22. Februar 1934) in lebendige Erinnerung: „Der Zentrist bleibt stets in geistiger Abhängigkeit von den Gruppierungen zur Rechten, neigt dazu, den gemäßigeren zu schmeicheln, ihre opportunistischen Sünden zu verschweigen und ihr Treiben vor den Arbeitern zu beschönigen.“



Fiorani/Sintesi

Ulivo-Volksfront führt rassistische Angriffe auf Immigranten durch

Die zentrale Kritik von „Antrag 2“ gegenüber der Führung ist im wesentlichen ein Aufruf an die Partei, in Opposition zur Prodi-Regierung zu gehen: „Die Partei Rifondazione Comunista war die einzige Kraft der Klassenopposition zu den Regierungen Amato, Ciampi und Dini... Aus diesem Grund hat unsere Partei zunehmend die Zustimmung der untergeordneten Klassen gewonnen“ („Antrag 2“, *Liberazione*, 24. September 1996). Es ist grotesk zu behaupten, daß RC „die einzige Kraft der Klassenopposition zu den Regierungen Amato, Ciampi und Dini“ dargestellt hätte. Man braucht nur an die RC-Kampagne zur Unterstützung der „Progressisten“ zu erinnern, die Ciampi unterstützten, und an die entscheidende Rettungsaktion von RC für die Dini-Regierung und ihren Haushalt (siehe *Spartakist* Nr. 123, Juni/Juli 1996). Nicht nur RC hat kontinuierlich die Volksfront-Koalitionen unterstützt, sondern auch Proposta hat diese Politik systematisch befürwortet. Als die „Progressisten“, die Ciampi unterstützten, 1994 bei den Wahlen kandidierten, appellierte Proposta an die RC-Mitglieder, „an der Wahlkampagne der Partei im Kampf gegen die Rechte an vorderster Front teilzunehmen“, und drängte widerwillige Mitglieder dazu, für die Volksfront eine Kampagne zu führen: „Bedeutende Teile unserer Partei, selbst außerhalb des zweiten Antrages, sind leider versucht, sich von der Teilnahme an der Wahlkampagne fernzuhalten. Das

Fortgesetzt auf Seite 4

Proposta...

Fortsetzung von Seite 3

ist natürlich ein Fehler“ (*Proposta*, März 1994). Während der Wahlen im Jahr darauf fügte *Proposta* hinzu: „Der Kampf gegen die Berlusconi-Rechte ist und bleibt die Hauptaufgabe für Kommunisten“ (*Proposta*, Mai 1995).

Die Gruppe um Grisolia und Ferrando ging sogar so weit, „in besonderen Situationen“ zur Stimmabgabe für die Volkspartei (PPI) des Vatikans aufzurufen, „wenn es notwendig ist, einen faschistischen oder reaktionären Kandidaten zu schlagen“ (*Proposta*, Januar 1995). Ferrando ist stolz darauf, daß er derjenige war, der diesen Nichtangriffspakt mit den stinkenden Überresten der Christdemokraten vorgeschlagen hat – jener Partei, die von der CIA und dem Vatikan gegründet wurde, um Italien seit Beginn des Kalten Krieges bis zum Zusammenbruch des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates zu regieren.

Wenn es irgendwelche Zweifel gibt, ob Ferrando & Co. eine Allianz mit der Bourgeoisie anstreben, dann erinnert euch nur daran, wie die sogenannte „Linke“ von RC im Oktober 1995 die erste Gelegenheit beim Schopf packte, um der Bourgeoisie zu zeigen, daß auch sie – und nicht nur die Mehrheit – des Vertrauens der Kapitalisten vollkommen würdig ist. Als die Rechten ein Mißtrauensvotum gegen die Dini-Regierung stellten, hatte RC am Anfang vor, die Verantwortung für den Sturz der Regierung zu übernehmen. *Es waren die Proposta-Mitglieder in der Führung, die dafür kämpften, die Regierung zu retten und die Mehrheit dafür zu gewinnen* (*Corriere della Sera*, 24. Oktober 1995).

Zur Untermauerung ihres Appells für eine Rückkehr zur politischen Vergangenheit der Klassenkollaboration in der Opposition ist *Proposta* gezwungen, eine qualitative „Wende“ in der Parteipolitik zu erfinden, die angeblich in der jetzigen Periode eingetreten sein soll. Aber RC hat von Anfang an nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß sie von ganzem Herzen die Politik der alten Kommunistischen Partei Italiens fortsetzt, die in der Nachkriegsperiode eine konstante Politik der Klassenkollaboration in der Opposition durchführte – zu einer Zeit, wo die Bourgeoisien Italiens und der anderen Länder fest entschlossen waren, die größte Kommunistische Partei Westeuropas, noch dazu in einem Land mit einer militanten und kampfbereiten Arbeiterklasse, aus führenden Regierungsposten rauszuhalten. Sobald die KPI jedoch die Gelegenheit dazu erhielt, bewies sie ihre Loyalität zur Bourgeoisie und ihren Verrat am Proletariat, wie in der Volksfront 1946, wo unter dem KP-Führer Togliatti als

Justizminister die Partisanen entwaffnet und die Faschisten freigelassen wurden. Auch außerhalb der bürgerlichen Regierung diente ihr die KPI als loyaler Handlanger, wie 1976 bei der Regierung der „nationalen Einheit“. Die KPI diente der Bourgeoisie als Bluthund, sie unterstützte das „Sondergesetz gegen Terrorismus“ und arbeitete bei der „Antiterrorismus“-Hexenjagd aktiv mit der Polizei zusammen, und 1980 fiel sie dem 35tägigen Fiat-Streik in den Rücken. Das sind die „glorreichen“ stalinistischen Traditionen, auf die sich RC beruft.

Entgegen dem Unsinn, den *Proposta* verbreitet, fand die wirkliche Wende der Rifondazione nicht 1994–96 statt, sondern während der stalinistischen Degenerierung der UdSSR im Januar 1924; das war eine wirkliche politische Konterrevolution, die dazu führte, daß 1935 alle Parteien, die zur stalinisierten Internationale gehörten, die Volksfrontpolitik annahmen, die die Arbeiterklasse ihrer nationalen Bourgeoisie unterwirft. Das war eine Ausweitung von Stalins Politik des „Sozialismus in einem Land“.

Die französische Volksfront entwaffnete die Arbeiterklasse und hinderte sie daran, im Juni 1936 die Macht zu erringen. Der Verrat der Stalinisten und der sozialdemokratischen SFIO führte am Ende zur Auflösung der Volksfront, die die Macht an das mit den Nazis verbündete Vichy-Regime übergab. In Spanien bahnte die Volksfront Francos faschistischen Truppen den Weg (die von Hitler und Mussolini unterstützt wurden), nachdem sie zuvor den heroischen Aufstand in Barcelona 1937 blutig niedergeschlagen und viele der kämpferischsten Proletarier in Spanien ermordet hatte. In Chile zerschlug Allende die Streiks und ernannte Pinochet (den Schlächter, der ihn stürzte und Zehntausende Arbeiter und politische Oppositionelle ermordete) 1973 zum Chef der Streitkräfte, der die Verfassung „respektieren“ würde ... eine Woche vor dem blutigen Putsch.

Volksfrontregierungen entstehen in einer Situation, wo die Bourgeoisie so krisengeschüttelt ist, daß sie die formale Teilnahme einer Arbeitermassenpartei an der Regierung benötigt, um die Arbeiterklasse ruhig zu halten. Das ist genau, was in Italien passiert ist, und genau wie in der Geschichte hat diese Volksfrontregierung auf gefährliche Weise den Faschisten den Weg bereitet. Im Herbst 1994 wurde Italien von einer militanten Welle von Arbeiterstreiks und Studentendemonstrationen erschüttert. Während vorgebliche Trotzlisten wie die *Proposta*-Leute zu einem „unbegrenzten Generalstreik“ aufriefen, entlarvten wir diese Rhetorik als bloße Tarnung für ihr Hinterherlaufen hinter der PDS und RC unter dem Motto „Kampf gegen rechts“. Sie zielten darauf ab, Berlusconi zu stürzen und durch eine Volksfrontregierung zu ersetzen. Im Gegensatz dazu hat die LTd'I in diese Kämpfe mit einem Programm interveniert, das die Notwendigkeit für den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht aufzeigte. Wir bestanden darauf, daß das entscheidende Instrument, das die Arbeiter zum revolutionären Bewußtsein gewinnen kann – daß die, die arbeiten, auch herrschen sollen –, eine wirklich leninistisch-trotzkistische Partei ist, die es nicht auf die sinnlose Perspektive abgesehen hat, den rassistischen Kapitalismus zu „reformieren“, sondern auf den proletarischen Sturz des gesamten verrotteten Systems. Als *Proposta* et al. sich in begeisterten Aufrufen zum „unbegrenzten Generalstreik“ ergingen, haben sie nie die entscheidende Frage der Führung aufgeworfen, weil es die ganze Zeit nur ihr Ziel war, die Arbeiterklasse zynisch wie einen Ochsen auszunutzen, der den Karren ihrer parlamentarischen Ambitionen zieht.

PDS, RC und ihre linken Anhängel wie *Proposta* bekamen, was sie wollten: Berlusconi ist draußen und eine bürgerliche Regierung an der Macht – die Prodi-Volksfrontkoalition, unterstützt von RC und „mit Genugtuung“ gesehen von *Proposta*. Aber diese Regierung ist so sehr dar-

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (6 Ausgaben): DM 5,-

Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
beide Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

126

Bestellt bei:	Konto 119 88-601
Postfach 5 55	Postgiro Frankfurt/Main
10127 Berlin	BLZ 500 100 60

Verteidigt die Anti-Klan-Demonstranten!

Am 23. Januar steht ein kritischer Prozeßtermin an bei der Verteidigung der Anti-Klan-Demonstranten, die wegen ihrer Beteiligung an der Einheitsfrontaktion am 29. Juni 1996 in Chicago angeklagt sind. Drei Demonstranten werden wegen der vorgeschobenen Anklage „Körperverletzung gegen die Polizei“ vor Gericht stehen. Die Anklagen gegen weitere sechs Demonstranten sind fallengelassen worden.

Die Anwälte werden beim Gerichtstermin neue Beweise vorlegen, daß die Polizei von Chicago Nachrichten über die KKK-Provokation unterdrückt hat und gezielt die Anti-Klan-Demonstranten angriff, als „Manöverübung“ für mögliche Proteste beim Kongreß der Demokratischen Partei. Die antirassistischen Aktivisten werden vom Staat verfolgt, weil sie im letzten Sommer gemeinsam mit fast 100 Gewerkschaftern, Linken und Jugendlichen einer Provokation der Klan-Terroristen entgegentraten und die rassistischen Mordbrenner in die Flucht schlugen. Auch in Deutschland sind der KKK und seine faschistische Konföderierten-Flagge Teil des braunen Netzwerks. Die Niederbrennung schwarzer Kirchen im Süden der USA sind sein Werk. Der Schlag gegen den Klan war im Interesse aller Unterdrückten, Minderheiten und der gesamten Arbeiterbewegung.

Eine Vielzahl von Arbeiterorganisationen, linken und Bürgerrechtsorganisationen sowie Antirassisten – von den USA und Kanada

bis Brasilien, Südafrika, Deutschland und Japan, haben in den letzten Monaten an den Staatsanwalt geschrieben, um die Einstellung aller Verfahren zu fordern.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft alle Gegner des Rassismus auf, Proteste zu schicken an: Richard Devine, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602, USA. Spendet unter dem Stichwort „Anti-Klan Chicago“ auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000.

Für weitere Informationen wendet euch an das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin, Tel. (030) 4439401.



Jeffrey Lyons, Dennis Glass, Gene Herson

Workers Vanguard

auf erpicht, ihre Ergebenheit gegenüber den italienischen Bossen, der City von London, der Wall Street und der Deutschen Bank zu beweisen, daß diese „Volksfront“ beim „Volk“ äußerst *unpopulär* ist und schnell den Weg für die faschistische Reaktion bereitet. Während die Arbeiter von den „sozialistischen“ Parlamentariern aufgefordert werden, den Gürtel enger zu schnallen, sind Finis Faschisten im ganzen Land auf die Straße gegangen, um die „rote Austerität“ zu verdammen, und die Rassisten der Lega Nord entfesselten eine paramilitärische Truppe, die sogenannte „Nationalgarde Padanias“, die Immigranten ohne Visum mit Abschiebung bedroht.

Nur durch die vollständige Klassenunabhängigkeit und durch den Kampf für eine revolutionäre Perspektive kann das Proletariat für die verarmten Schichten der kleinbürgerlichen Massen eine glaubhafte soziale Alternative sein. Im Gegensatz dazu treibt die Volksfrontpolitik von RC und *Proposta* die Kleinbürger zur Verzweiflung und in die Arme der Faschisten, die ein leichtes Spiel haben zu zeigen, daß die „Linke“ ein Verbündeter des großen Kapitals ist.

RC/*Proposta*, die politisch fest an den bürgerlichen Staat gekettet sind, träumen nicht im entferntesten davon, ihre proletarische Basis zu mobilisieren, um die faschistische Bedrohung zu bekämpfen. Im *Übergangsprogramm* schrieb Trotzki:

„Die kleinbürgerlichen Demokraten – einschließlich der Sozialdemokraten, Stalinisten und Anarchisten – schreien um so lauter von Kampf gegen den Faschismus, desto feiger sie tatsächlich vor ihm kapitulieren. Nur bewaffnete

Arbeitertrupps, die die Unterstützung von vielen Millionen Arbeitern hinter sich fühlen, können erfolgreich gegen die faschistischen Banden bestehen. Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in einem liberalen Verlagsbüro, sondern in der Fabrik – und endet auf der Straße. Streikbrecher und Privatgendarmen in Fabrikanlagen sind die Kernpunkte der faschistischen Armee.“

Die IKL/LTd'I waren aus Prinzip immer gegen jede Art von Volksfront, ob sie rechts oder „links“ ist, ob in der Regierung oder in der Opposition, ob offen oder hinter „kritischer Wahlunterstützung“ versteckt. Aus diesem Grunde waren wir bei den letzten wie auch bei den vorletzten Wahlen dagegen, die PDS oder Rifondazione zu wählen. Gegenüber der rechten Ulivo-Volksfront führt *Proposta* eine „linke“ Volksfront durch, die sie eine „Alternative“ nennt. Aber *jede* Volksfront ist ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Minderheiten und aller Unterdrückten. Die Oktoberrevolution, die einzige erfolgreiche Revolution der Arbeiterklasse, fand gerade *gegen* die Volksfront von Kerenski statt (*eine Volksfront, die weit linker war als die, die Grisolia und Ferrando vorgeschlagen haben*). So beschrieb Trotzki sie in den 30er Jahren:

„In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie* für diese Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für den Unterschied zwischen Bolschewismus und Menschewismus. Denn man vergißt sehr oft, daß das größte historische Beispiel der Volksfront die Februarrevolution von 1917 ist. Von Februar bis

Fortgesetzt auf Seite 6

Proposta...

Fortsetzung von Seite 5

Oktober befanden sich Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die eine sehr gute Parallele zu den ‚Kommunisten‘ und Sozialdemokraten darstellen, im engsten Bündnis und in einer ständigen Koalition mit der bürgerlichen Partei der Kadetten, mit denen zusammen sie eine Reihe von Koalitionsregierungen bildeten. Unter dem Zeichen dieser Volksfront stand die überwiegende Masse des Volkes, einschließlich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Sicherlich, die Bolschewiki arbeiteten in den Räten. Aber sie machten der Volksfront nicht das geringste Zugeständnis. Ihre Forderung war, diese Volksfront auseinanderzubrechen, das Bündnis mit den Kadetten zu sprengen und eine wirkliche Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten.

Alle Volksfronten in Europa sind nur eine farblose Kopie und oft eine Karikatur auf die russische Volksfront von 1917, die in jedem Falle eine viel größere Berechtigung für ihre Existenz anführen konnte; denn es ging da immerhin noch um den Kampf gegen den Zarismus und die Überreste des Feudalismus.“ („The Dutch Section and the International“ [Die holländische Sektion und die Internationale], 15./16. Juli 1936, Hervorhebung im Original)

Proposta: Blindes Vertrauen in den bürgerlichen Staat

Die Proposta-Gruppe ist zentristisch. Eines der klassischen Kennzeichen des Zentrismus ist: „revolutionär in Worten, reformistisch in Taten“. Und es sind genau die zentralen Fragen, bei denen Proposta innerhalb der Grenzen des Reformismus bleibt, wenn auch manchmal mit kämpferischem Syndikalismus gewürzt. „Antrag 2“ beweist dies mit dem Vorschlag eines positiven Programms, das RC als Alternative zum Programm der Führung annehmen soll:

„In diesem Zusammenhang präsentieren die Kommunisten ihr eigenes Gegenbudget, also einen Vorschlag, wie der politische Klassencharakter des Budgets gekippt werden kann, das unabhängig von und entgegen den Maasricht-Kriterien und der Frage, ob es mit dem Kapi-

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44



S. Magatti

Mailand, Februar 1995: LTd'I organisierte Protest, der Freilassung von Immigranten erreichte

talismus vereinbar ist, nur die Bedürfnisse der arbeitenden Massen als Ausgangspunkt sieht und eine alternative Lösung zur Krise vorschlägt: progressive Besteuerung des großen Eigentums, der Profite und Verdienste, in erster Linie durch die Abschaffung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses; eine drastische Reduzierung der Verschiebungen vom öffentlichen zum privaten Sektor ... die drastische Reduzierung der Militärausgaben; die Wiedereinführung der Lohn-Preis-Skala; die progressive Verringerung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn; ein Soziallohn für die Arbeitslosen, ein umfassender Plan, das Land und die Umwelt zu verbessern, eine enorme Intervention für die Entwicklung und das erneute Wachstum des Südens.“

Der „Antrag 2“ von Proposta ist alter reformistischer Müll in neuen Containern. Wie der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein, der glaubte, daß der Kapitalismus wie eine überreife Frucht vom Baum fallen würde, schlägt Proposta eine stufenweise „Rationalisierung“ der Ungleichheiten bei der Verteilung des Reichtums in der kapitalistischen Gesellschaft vor, ein „Gegenbudget mit „Progressivsteuer“ und „Kürzung der Militärausgaben“. Aber Grisolia, Ferrando und Livio Maitan sind nicht erst seit gestern auf der Welt – sie sind zynische pseudotrotzkistische Scharlatane, die bis ins Mark verdorben sind.

Jeder mit einem grundlegenden marxistischen Verständnis von der Wirtschaft weiß, daß es das *Privateigentum an den Produktionsmitteln* ist, das der Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zugrunde liegt, die nicht reformiert werden kann. Das ist die Quelle des grundsätzlichen Konflikts zwischen der gesellschaftlichen Produktion durch die Arbeiterklasse und der privaten Aneignung des Reichtums und Profits, der durch den Mehrwert der Arbeit geschaffen wird, durch die Kapitalistenklasse. Durch hohle Konzepte wie „Die Reichen sollen zahlen“ wird es keine „Demokratisierung“ des Kapitalismus und keine gerechtere Verteilung des Reichtums geben. Um die fundamentalen Ungleichheiten der kapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen, ist der Klassenkampf des Proletariats notwendig, das den Reichtum der Gesellschaft produziert, damit es den kapitalistischen Ausbeutern diesen Reichtum entreißt und eine egalitäre sozialistische Gesellschaft aufbaut, in der diejenigen regieren, die arbeiten.

Im Gegensatz zu den reformistischen Konzeptionen von
Fortgesetzt auf Seite 19

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 1

eigenen kolonialen und neokolonialen Interessen in Afrika und im Pazifik verfolgt. Diese Entwicklungen werden in den nächsten Monaten und Jahren zu immer gefährlicheren Zusammenstößen zwischen den Großmächten führen.

In diesem Konkurrenzkampf sind die Kapitalisten auf der ganzen Welt gezwungen, die Ausbeutungsrate in die Höhe zu treiben, und führen eine Offensive gegen Arbeiter und Immigranten. Die scharfen Angriffe auf den Lebensstandard haben von Westeuropa bis Südkorea militante Verteidigungskämpfe der Arbeiter hervorgerufen. Doch die Geschichte hat immer wieder gezeigt, daß solche defensiven Kämpfe nur dann zu einem Angriff auf die gesamte kapitalistische Ordnung werden können, wenn eine leninistische Avantgardepartei interveniert, um revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die Spartakist-Arbeiterpartei/Internationale Kommunistische Liga ist der Kern dieser Partei, die die politisch fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse gewinnen will und als „Volkstribun“ aller Unterdrückten handelt – und nur im politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeitverräter und deren linke Anhängsel geschmiedet werden kann.

Im Kriegsfall zeigen die SPD-Vaterlandsverteidiger am deutlichsten ihr wahres Gesicht: Eine große Mehrheit der SPD stimmte zusammen mit den bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition für den Kriegseinsatz auf dem Balkan. Von den Grünen bereitete Joschka Fischer den Bundestagsbeschluß mit einer großangelegten Werbetour nach Bosnien vor, und mit kolonialistischer Arroganz betreiben Grüne und Sozial- wie Christdemokraten eine Hetze über die angeblich gewalttätigen und blutrünstigen Völker des Balkans. Titos Partisanen hatten es mit ihrem Sieg über den Faschismus und dessen einheimische Marionetten geschafft, den historischen Antagonismus zwischen den Völkern Jugoslawiens zu überwinden. Allerdings hat die nationalistische Politik der Stalinisten den deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien unterminiert und seinen Zerfall vorbereitet. Und es war gerade der deutsche Ex-Außenminister Genscher, der 1991 mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien den Nationalismus der aufstrebenden kapitalistischen Regime des auseinanderfallenden Jugoslawiens schürte und damit dem Bürgerkrieg blutigen Auftrieb gab.

Hinter der Fassade der Einstimmigkeit bleibt der Balkan ein Hexenkessel interimperialistischer Rivalitäten. Während Frankreich und Britannien wie auch Rußland historisch wichtige Schutzherren von Serbien gewesen sind, profiliert sich Deutschland als Protektor von Kroatien. Doch in Bosnien steht Deutschland noch in den Startlöchern – dort haben die USA das Sagen. Als Gegengewicht zu den USA rufen die SPD-Sprecher Wiczorek-Zeul und Verheugen zum Aufbau „europäisch-integrierter Streitkräfte“ auf.

Die PDS unterstützt die Verstärkung der Internationalen Polizeitruppe (IPTF) und fordert die Vergrößerung ihrer „exekutiven Kompetenz“. Zwar stimmte sie (mit Ausnahme ihres Grafen von Einsiedel) gegen den Regierungsantrag zum Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan, befürwortet aber lauthals die Intervention der UN-Blauhelme. Eine bedeutende Minderheit der PDS tritt offen für die Entsendung deutscher Soldaten unter UNO-Tarnung auf. Die Vereinten

Nationen, diese „Räuberhöhle imperialistischer Diebe“, wie Lenin schon den Völkerbund nannte, dienten als Speerspitze der imperialistischen Aufteilung des Balkans; auch die von der PDS jahrelang als „friedliche“ Alternative propagierten Sanktionen gegen Irak und Serbien bedeuteten für Hunderttausende Hunger und Tod. Dagegen fordert die Spartakist-Arbeiterpartei: Bundeswehr/NATO/UNO – raus aus dem Balkan!

Als proletarische Internationalisten sind wir unerbittliche Gegner jeder imperialistischen Intervention, und ebenso kämpfen wir gegen das nationalistische Gemetzel, das beim ethnischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien von allen Seiten begangen wird. Als sich aber 1995 der Charakter dieses Krieges durch die massive Bundeswehr/NATO-Intervention veränderte und zeitweise zu einem Krieg der westlichen Imperialisten gegen die bosnischen Serben wurde, bezogen wir die Position der revolutionären Verteidigung der bosnischen Serben gegen die NATO-Bombardierung, ohne irgendwelche politische Unterstützung für die verschiedenen chauvinistischen Regierungen der Region zu geben. Von Sydney und Tokio bis New York und Berlin riefen die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) zu Protestkundgebungen auf.

Im Gegensatz dazu weigerten sich die verschiedenen linken Organisationen, die im Schlepptau der SPD/PDS sind, die bosnischen Serben gegen die NATO-Angriffe zu verteidigen. Pseudotrotzkistische Gruppen wie der Revolu-



dpa/Hesse

Süßwaren-Arbeiter, darunter viele Frauen und Immigranten

tionär Sozialistische Bund (RSB) und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) hängten sich statt dessen an die imperialistische Kampagne für das „arme, kleine Bosnien“ an und organisierten unter dem Namen „Arbeiterhilfe“ Hilfstransporte unter UN-Schutz. Mitten während der NATO-Bombardierungen im Herbst 1995 forderte die GAM „Weg mit dem Waffenembargo“ gegenüber den bosnischen Muslimen (die im Windschatten der NATO-Bomben gegen die bosnischen Serben vorrückten) und appellierte damit an die westlichen Imperialisten, die Izetbegović-Kräfte zu bewaffnen. Ihre papierne Forderung nach einem Abzug der NATO/UN-Kräfte enthüllte sich als dünnes Feigenblatt ihrer pro-imperialistischen Politik.

Der Balkan war 1914 schon einmal der Auslöser eines Weltkriegs und im Zweiten Weltkrieg ein Schlachthof des Nazi-Völkermords. Die UNO/NATO/Bundeswehr-Inter-

Fortgesetzt auf Seite 8

Weg mit Massenprozessen gegen Kurden und Linke!

Folgender Protest gegen die Prozeßlawine in Bielefeld und Dortmund wurde am 6. Januar 1997 vom Komitee für soziale Verteidigung an das Oberlandesgericht Hamm geschickt.

Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert auf das Schärfste gegen die andauernden Hexenjagdverfahren, die diejenigen vor Gericht zerren, die am 16. März 1996 in Dortmund gegen Ankaras Krieg gegen die Kurden protestieren wollten. Um ein Verbot der Demo durchzusetzen, wurde über Dortmund der Belagerungszustand verhängt. Wie in vielen anderen Orten wurden 200 kurdische und deutsche Demonstranten unterwegs von Bielefeld und von Gütersloh auf der Autobahn von der Polizei festgehalten und eingekreist. Ohne Warnung ging die Polizei plötzlich mit Knüppeln auf die Gruppen los und droste auf sie ein. Ein älterer Kurde, der zu vermitteln versuchte, wurde zusammengeschlagen, ein anderer wurde bewußtlos geschlagen und rücksichtslos durch den Schlamm bis zum Einsatzwagen geschleift. Alle Opfer, die gewaltsam ihres Demonstrationsrechts beraubt wurden, wurden hinterher angeklagt und müssen zumindest mit einem Verfahren wegen „Landfriedensbruchs“, „Nötigung“, „Frei-

heitsberaubung“ und „Verstoßes gegen das Vereinsgesetz“ rechnen. In den nächsten Wochen sollen ca. 150 Kurden und Deutsche abgeurteilt werden. Nächster Prozeßtermin ist der 14. Januar in Dortmund. Einige Demonstranten sind schon verurteilt, darunter Jugendliche, die nach dem Strafrecht für Erwachsene abgeurteilt wurden. Wir fordern: *Weg mit den Anklagen! Für die sofortige Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung aller Urteile sowie Rückerstattung der Geldstrafen und Verfahrenskosten!*

Mit dem Verbot der PKK und der anderen kurdischen Vereine führt die deutsche Regierung, die den völkermörderischen Krieg der Türkei gegen die Kurden finanziert und mit Waffen versorgt, diesen Krieg auch hier. Im deutschen „Rechtsstaat“ wird ein ganzes Volk entrechtet. Jeder Ausdruck seines Strebens nach nationaler Freiheit wird erstickt. Unter dem verschärften „Ausländergesetz“ werden verurteilte kurdische Demonstranten mit Abschiebung zurück in die Folterkammern und in die Hände der Todesschwadronen der Türkei bedroht.

Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine! Schluß mit den Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 7

vention legt nur die Basis für neue und noch größere Kriege. Auch die derzeit von den USA und Deutschland unterstützten Demonstrationen gegen Serbiens starken Mann Milošević, die unter der Führung von serbischen Ultranationalisten, Faschisten und Monarchisten stehen, können den revanchistischen Chauvinismus nur weiter vorantreiben. Notwendig ist der Aufbau von wirklich internationalistischen revolutionären Parteien, die imstande sind, die arbeitenden Massen von den nationalistischen Demagogen aller Seiten zu brechen im Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans, die allein einen dauerhaften Frieden und nationale Gerechtigkeit für alle Völker und Bevölkerungsgruppen der Region erreichen kann.

Nieder mit Maastricht! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Das Streben der deutschen Imperialisten nach militärischer „Normalität“ auf dem Schlachtfeld des Balkans soll die deutsche Bevölkerung und die Völker Europas und der Welt an das Gespenst eines wiedererwachten Großdeutschland gewöhnen, das bereits die stärkste ökonomische Macht des europäischen Kontinents ist. Während der Bundestag den Kriegseinsatz der Bundeswehr beschloß, setzte sich Finanzminister Waigel auf dem EU-Gipfel in Dublin mit einem „Stabilitätspakt“ für die Währungsunion durch. Die künftige Europäische Zentralbank wird als verlängerter Arm der Bundesbank ihren Sitz in Frankfurt/Main haben und die vorherrschende Rolle des deutschen Kapitals im Wirtschaftsleben Europas erheblich verstärken. Doch wie auf dem Balkan stecken auch hinter der Dubliner Entscheidung unüberwindbare Konflikte; die nicht genehmigte Subvention der sächsischen Regierung an VW im letzten Sommer und die aufgeregten Proteste der Europäischen Kommission dagegen (was mit einem Kompromiß endete) sind Vorboten künftiger Zusammenstöße.

Wir Marxisten sind Gegner der Währungsunion und des Maastrichter Vertrages, die einem imperialistischen Finanz- und Handelsblock unter deutscher Dominanz dienen. Ein vereinigt Europa auf kapitalistischer Grundlage ist nicht

nur reine Utopie: Die Bourgeoisie ist als nationale Klasse entstanden und herrscht auf Grundlage ihres Nationalstaats. In Wirklichkeit führt der Ausbau der protektionistischen „Festung Europa“ zu einer verstärkten Machtbasis des deutschen Imperialismus im Konkurrenzkampf um neokoloniale Einflußsphären gegen die USA und Japan; gleichzeitig verschärft sich die Rivalität der europäischen Mächte untereinander. Das Ergebnis sind umfassende Angriffe auf Immigranten, Frauen, Jugendliche und alle Arbeiter.

Die Basis für den Wiederausbau der deutschen Weltmachtrolle wurde durch den kapitalistischen Anschluß der DDR 1989/90 gelegt, als die SPD von außen und die SED/PDS von innen die Konterrevolution anführten. Die SpAD/IKL kämpfte gegen die Konterrevolution und für die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats DDR. Wir intervenierten mit allen Kräften für die proletarische politische Revolution gegen die stalinistische bürokratische Kaste im Osten und für die sozialistische Revolution gegen den Kapitalismus im Westen. So forderten wir: „Für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“

Angebliche Troztkisten wie die rechtszentristische GAM reihten sich 1989/90 mit der Forderung nach dem Abzug der Roten Armee, die jahrzehntelang an der Frontlinie des Kalten Krieges gegen Westdeutschland stand, in die anti-sowjetische Hetze ein und signalisierten damit ihre Unterstützung für die Konterrevolution. Als dann die verheerenden Folgen des Anschlusses klar wurden, setzte sich die GAM für einen „sanften“ Kapitalismus ein und forderte „Arbeiterkontrolle“ über den Jobkiller Treuhand – von Regierung und SPD extra zur Zerschlagung des kollektivierten Eigentums der DDR geschaffen. Ebenso glaubt die GAM heute, daß Maastricht – das direkte Ergebnis der Konterrevolution – ein Ansatz für die Interessen der Arbeiter sein könnte. Von Anfang an predigte sie den Arbeitern „Enthaltung“ zu Maastricht:

„Die Arbeiterklasse sollte nicht für oder gegen das Maastricht-Abkommen Position beziehen, weil die Opposition dagegen nur die Opposition gegen eine bestimmte Form der kapitalistischen Entwicklung ist und eine andere bevorzugt.“ (*Revolutionärer Marxismus* Nr. 17, Frühjahr 1996).

Die GAM kann sich eine *unabhängige proletarische Perspektive* nicht vorstellen und überläßt damit den Kampf gegen die Maastricht-Austerität den reaktionären Rechten wie der CSU oder Faschisten wie Le Pen in Frankreich und Haider in Österreich. Doch was die rassistischen Auswirkungen von Maastricht sind, kriegen die Bauarbeiter aus den EU-Ländern und aus Polen in Deutschland täglich zu spüren. Sie werden von ihren Chefs, den Nazis und den Bullen brutal ausgebeutet und verfolgt. Kurdische und türkische Arbeiter sind in der „Festung Europa“ immer mehr *entrechtet* und staatlicher Repression ausgesetzt. Die Streiks und Proteste der letzten Jahre richteten sich immer *gegen* Maastricht-Maßnahmen.

Hinter der „Enthaltung“ der GAM steckt aber die kaum verhüllte Hoffnung, daß Maastricht – also die rassistische „Festung Europa“ unter deutscher Führung – den Arbeitern nutzen könnte. Maastricht ist der GAM nur noch nicht „demokratisch“ genug, daher fordert sie jetzt: „Für die Wahl einer souveränen Europäischen Verfassungsgebenden Versammlung aller EU- und Eintrittsländer – einberufen und kontrolliert von den Kampforganisationen der Arbeiterklasse.“ Was ist diese Anerkennung der EU-Pläne anderes als die Illusion, daß Maastricht zu einem „demokratischen“ Europa führen könnte, kontrolliert von den SPD- und Labour-Führern und Betriebsräten, die heute die „Kampforganisationen der Arbeiterklasse“ ausverkaufen?

Gegen ähnliche Vorstellungen des Revisionisten Karl Kautsky polemisierte Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1916):

„Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.“

Die Anbiederung der GAM an die EU zeigt erneut, wie hohl und bedeutungslos es ist, wenn die GAM Forderungen aufstellt nach einer Arbeiterrevolution und einem sozialistischen Europa, die nur durch einen unversöhnlichen Kampf *gegen* jeden protektionistischen Handelsblock der Imperialisten zu verwirklichen sind.

Für eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei

Mit Massenarbeitslosigkeit, Abschiebungen, faschistischem Terror und Angriffen auf die Rechte der Frauen und Jugendlichen wollen die Kapitalisten die Arbeiterklasse einschüchtern und spalten. Deshalb ist der Kampf gegen die Attacken auf alle Unterdrückten untrennbar verbunden mit dem Kampf des Proletariats. Indem die SPD-Gewerkschaftsbürokraten den Protektionismus predigen und im

Namen des „Standorts Deutschland“ (im Falle der PDS des Standorts „Ostdeutschland“) die Arbeiter gegeneinander ausspielen, stellen sie sich hinter die Bourgeoisie und erleichtern den Nazi-Banden ihr blutiges Werk.

Jetzt bereiten die SPD- und CDU-geführten Länder die Massendeportation von Hunderttausenden Flüchtlingen aus dem Balkan vor. Dagegen fordern die SpAD und das mit ihr verbundene Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), daß die organisierte Arbeiterbewegung mit ihrem wichtigen Bestandteil an Immigranten ihre Macht einsetzt, um diese Abschiebungen zu stoppen. Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Für das Recht auf Asyl und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Wir kämpfen für Arbeitermobilisierungen und setzen dabei an Aktionen wie im letzten Sommer in Frankreich an, wo Gewerkschaftskontingente gegen die Abschiebung von afrikanischen Immigranten auf die Straße gingen.

Die von der Bundesbank diktierten Maastrichter Austeritätsmaßnahmen haben in ganz Europa explosive Klassenkämpfe ausgelöst. Auch in Deutschland kam es im letzten Herbst zu wirkungsvollen Streiks der Metallarbeiter von Baden-Württemberg bis Berlin gegen die angedrohte Streichung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Metallarbeiter konnten die Angriffe auf die Lohnfortzahlung zwar aufhalten, doch auf dem Höhepunkt der Daimler-Streiks traten die Gewerkschaftsbürokraten auf den Plan und stimmten Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld zu. Nachdem die IG-Metall-Spitze so die „Flexibilität“ ihres Rückgrats bewiesen hat, fordert der Präsident von Gesamtmetall nun die Einschränkung des Streikrechts.

Die Antwort der meisten Linken und oppositionellen Gewerkschaftsgruppen auf die Kapitaloffensive ist die Forderung nach mehr Militanz bis hin zum Generalstreik, die sie als Druckmittel zur Einführung einer SPD-Regierung und zur Aufrechterhaltung des sogenannten „Sozialstaats“ verstehen. So forderte die *Avanti*-Titelseite des RSB vom Oktober 1996: „Lohnfortzahlung verteidigen – Generalstreik jetzt“. Die GAM erklärte: „Durch den Druck der Gewerkschaftsbasis müssen SPD, aber auch PDS, dazu gezwungen werden, ihren Apparat und ihre Mittel einzusetzen, um tatsächliche Massen-Mobilisierungen und -Aktionen zu unterstützen, die das Regierungsprogramm zu Fall bringen“ (*Arbeitermacht*-Flugblatt zur Bonner Großdemonstration des DGB am 15. Juni, undatiert). Aber SPD und PDS setzen „ihren Apparat“ auf Landes- und Kommunalebene bereits dafür ein, den sozialen Kahlschlag und die immer heftigeren Angriffe auf Immigranten voranzutreiben. Der „Sozialstaat“ wurde von der Bourgeoisie mit Hilfe der SPD/DGB-Bürokratie während des Kalten Krieges als

Fortgesetzt auf Seite 10

Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

- 23. Januar Italien: PDS und Rifondazione Comunista in der Bankitalia-Volksfront nähren die Kräfte der Reaktion
- 6. Februar Kurdische und türkische Arbeiter – Schlüssel für die deutsche Revolution!
- 20. Februar Zerschlagt die Faschisten durch Arbeiter- und Immigrantinnen-Mobilisierung!

Jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr, Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111
Weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

ABC des Marxismus

- 22. Januar Die Ursprünge des Marxismus
- 5. Februar Das marxistische Programm
- 19. Februar Kapital und Arbeit
- 5. März Der Staat: Lehren der Pariser Kommune von 1871

Jeweils Mittwoch, 18.30 Uhr
Ort auf Anfrage
Weitere Informationen: (0 40) 32 36 44

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 9

Schaufenster des „Wohlstands“ gegenüber dem Sowjetblock eingeführt, und um die Arbeiterklasse ruhigzustellen und an den bürgerlichen Staat zu ketten. Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks peitschen jetzt die sozialdemokratischen Bluthunde der herrschenden Klasse innerhalb der Arbeiterbewegung die Kürzungen durch.

Eine SPD- oder „Rot“-Grüne-Regierung wird eine kapitalistische Regierung sein, die der Austerität der Bosse verpflichtet ist. Die bürgerliche Ulivo-Regierung in Italien (eine Volksfront-Koalition mit der reformistischen PDS), die von Rifondazione Comunista unterstützt wird, kam mit der Zustimmung der deutschen und amerikanischen Imperialisten ins Amt, damit sie den Arbeiterwiderstand gegen die Regierungsoffensive besser kanalisieren und unter Kontrolle halten kann (siehe „Proposta: linkes Anhängsel der Volksfront in Italien“, Seite 3). Wir unterstützen niemals und unter keinen Umständen eine Volksfront, die durch die Teilnahme bürgerlicher Arbeiterparteien (PDS und Rifondazione Comunista in Italien, SPD und PDS hier) die Arbeiter direkt an die Bourgeoisie kettet.

Im Gegensatz zu RSB und GAM, die eine Politik des „kleineren Übels“ vertreten und damit die Illusion verbreiten, daß der Kapitalismus reformierbar sei, erfordert der Widerstand gegen diese Angriffe ein Programm, das *revolutionär* und *internationalistisch* ist, das also den Rahmen des kapitalistischen Systems sprengt. Die SpAD interveniert in die Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, um die dringend notwendige revolutionäre Führung zu schmieden, die Immigranten, Frauen und Jugendliche hinter der sozialen Macht der Arbeiter vereint. Dabei setzen wir an den Bedürfnissen der Arbeiter an und verbinden sie mit ihrem historischen Interesse, die herrschende Klasse zu werden.

1917 zerschlug die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland den kapitalistischen Staat. Unter Lenin und Trotzki beendeten die Bolschewiki den imperialistischen Weltkrieg, stoppten die antisemitischen Pogromisten und führten weitreichende gesetzliche Maßnahmen für die Befreiung der Frauen ein. Aber die mächtige revolutionäre Welle, die vom Russischen Oktober ausgelöst wurde, führte in den industriell entwickelten Ländern, vor allem in Deutschland, nicht zum Sieg, weil die Arbeiter keine gestählte und erfahrene revolutionäre Führung wie die Bolschewiki hatten. Und das ermöglichte die politische Konterrevolution durch die stalinistische bürokratische Kaste 1924, die die bolschewistische Partei zerstörte. Dies führte schließlich zu Jelzins Konterrevolution, eine welthistorische Niederlage des Proletariats. Wir Spartakisten kämpfen für den Aufbau bolschewistischer Parteien, die neue Oktoberrevolutionen weltweit zum Sieg führen und das irrationale kapitalistische System ein für alle Mal hinwegfegen, um dadurch eine weltweite Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterräten, zu errichten.

Schmidbauers Iran-Verbindung

Nach dem Verschwinden der Sowjetunion als Gegenmacht startete der US-Imperialismus 1990/91 einen Vernichtungskrieg gegen den Irak, um sich als „Weltpolizist“ zu beweisen. Mit dem wiedervereinigten großdeutschen Vierten Reich tritt ein neuer Rivale für die USA auf, ein potentieller globaler Konkurrent. Im Fernen Osten, einem traditionellen Einflußgebiet der USA und Japans, nehmen deutsche Direktinvestitionen rapide zu: Seit 1995 stiegen sie um 42 Prozent in China, um 26 Prozent in Südkorea und um 18,5 Prozent in Thailand (*Australian Financial Review*, 7. November 1996). Besonders im Nahen Osten baute die deutsche Bourgeoisie ihre Macht mit Riesenschritten aus. Ge-

gen den Willen der USA verstärken sie ihre Beziehungen zum Iran. Gleichzeitig verschärft sich ihr Wettlauf mit den USA darüber, wer der imperialistische Herr in Ankara sein soll.

Die bisherige Krönung dieser Entwicklung war Ende Juli 1996 im Libanon die Vermittlung des Geheimdienstkoordinators im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer, beim Gefangenaustausch zwischen der islamischen Hisbollah und Israel. Schmidbauers Verhandlungen, die „in aller Stille“ betrieben wurden, dauerten Monate und profitierten von den „stabilen Kontakten“, die er zu dem iranischen Geheimdienst und dem iranischen Botschafter in Bonn pflegt. Im Gegensatz zu den USA, die ihre Kontrolle über den Iran nach der Machtergreifung Chomeinis 1979 verloren, konnte sich Deutschland als einer der wichtigsten Handelspartner und militärischen Unterstützer Irans halten. Ein Mittel dafür war die vom Bundesnachrichtendienst (BND) gesteuerte Kommunikationstechnikfirma Telemit. Seit 1987 gehen etwa 90 Prozent der Exporte dieser Firma an den Iran (*junge Welt*, 26. November 1996). Schon 1983 betrug der deutsche Export in den Iran 7,1 Milliarden DM, was das beste Ergebnis der Schah-Zeiten übertraf. Westdeutsche Firmen wie Daimler Benz, Heckler & Koch und Thyssen-Rheinstahl halfen bei der Aufrüstung des Irans. Die Deutschen lieferten Panzertransporter, Pontonbrücken inklusive LKWs und Motorboote, Sprengstoff und Munition, Schmiedestraßen und Induktionsöfen für eine Granatenfabrik. So würdigte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (23. Juli 1996), das Sprachrohr des deutschen Finanzkapitals, Schmidbauers Schachzug: „Wer aber dazu neigt, Hoffnungszeichen für die Zukunft in sonst eher karg erscheinender Umgebung auszumachen, der kann mit einiger Berechtigung in dieser unter deutscher Vermittlung erreichten Austauschaktion den Anfang von noch viel mehr sehen.“

Doch die Beziehungen Deutschlands zum Iran sind nicht ohne Widersprüche. Der jetzige Prozeß gegen die iranischen Geheimdienstler, die 1992 im Berliner Restaurant Mykonos führende Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistans im Iran (DKP-I) ermordet hatten, führte zu einem Austausch von bösen Worten zwischen Teheran und Bonn, allerdings kehrten beide Seiten schnell wieder zu den üblichen Höflichkeiten zurück. Doch ungeklärt bleibt, welche Rolle die oft gepriesenen Beziehungen des Geheimdienstkoordinators Schmidbauer zu seinen iranischen Kollegen bei dem Attentat spielten.

Etwa 48 Stunden nach Schmidbauers erfolgreichem Gefangenaustausch zwischen der Hisbollah und Israel reagierte das US-Repräsentantenhaus darauf mit einer Verschärfung der Sanktionen gegen ausländische Unternehmen, die im Iran und in Libyen investieren (das Amato-Gesetz). Gegen das Amato-Gesetz drohte Außenminister Kinkel, daß sich Europa „Gedanken über geeignete Schritte machen“ müsse.

Mitten in diesem Streit zwischen den USA und der „Festung Europa“ unterzeichnete der türkische Ministerpräsi-

Spartakist-Diskussionsreihe

Leipzig

22. Januar Italien: PDS und Rifondazione Comunista in der Bankitalia-Volksfront nähren die Kräfte der Reaktion

5. Februar Für eine kommunistische Frauenbewegung!

Jeweils Mittwoch, 18.00 Uhr,
Werk II, 1. Stock, Kochstr. 132
(Leipzig, Straßenbahn Connewitzer Kreuz)
Weitere Informationen: Halle (03 45) 2 02 90 55

dent Erbakan einen Vertrag über die Lieferung von iranischem Gas im Wert von 20 Milliarden Dollar. Ein „Schlag ins Gesicht Washingtons“, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. August 1996):

„Erbakan kommt es zunächst darauf an, angesichts des wachsenden Energieverbrauchs im Lande die Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen zu verringern... Worum es Ankara im Kern geht, liegt auf der Hand: Es geht darum, den militanten Kurden von der PKK ihre militärischen Operationsbasen von Syrien bis Iran zu entziehen. Erbakan dürfte seine iranischen Verhandlungspartner nicht im unklaren gelassen haben, daß das Erdgasgeschäft mit der Kurdenfrage zu tun hat; das betrifft auch die Öffnung zum Irak und zu Syrien.“

Das ganze Spiel geht ums Öl.

Pulverfaß Naher Osten

Die deutsche Bourgeoisie will die Türkei als Regionalgendarm und Sprungbrett zum Ausbau der eigenen Weltmachtstellung benutzen und ihre Hand an die iranischen Ölquellen und die geplante Erdgasleitung zwischen Turkmenistan und Europa kriegen. Sie will eine Brücke über den Iran schlagen, um ihren Anteil an den riesigen Ölfeldern und Pipelines am Kaspischen Meer sicherzustellen.

In der ehemaligen Sowjetunion teilen jetzt die Imperialisten die Beute auf. So bemerkte ein Amoco-Berater: „Öl aus Aserbajdschan zu pumpen, das ist eine direkte Chance, westliche Interessen in das Staatensystem der früheren Sowjetunion auszudehnen.“ Darauf reagierte der russische Botschafter in Baku: „Wir haben 200 Jahre mit Aserbajdschan zusammengewirkt. Jeder Politiker, der diese Realität russischer Macht leugnet, wird nicht lange im Amt bleiben“ (*Die Zeit*, 16. Juni 1995). Bei den Öl-Deals mit den Ländern Zentralasiens ist Deutschland noch außen vor. Beim 1994 unterzeichneten „Jahrhundertvertrag“ zwischen Aserbajdschan und einer Reihe überwiegend westlicher imperialistischer Länder entfielen allein 44 Prozent der Anteile auf US-Firmen. Deutsches Kapital war mit keinem Prozent daran beteiligt.

Der Krieg ums Öl birgt in sich den brisanten Sprengsatz eines neuen Weltkriegs, einer atomaren „Götterdämmerung“. Ein ominöses Vorzeichen war der Angriff der USA/NATO auf den Irak 1991. Als die USA den Irak im September letzten Jahres erneut bombardierten, brachten die Sektionen der IKL sofort Flugblätter heraus und organisierten von den USA bis Berlin und Mexiko Protestkundgebungen. Wir forderten: „US-Imperialismus: Blutige Hände weg vom Irak!“ und „Deutsche Panzer raus aus der Türkei und Kurdistan! US/NATO und alle Imperialisten, raus aus dem Persischen Golf!“ Wir forderten, daß Saddam Hussein für seine Verbrechen an den irakischen Werktätigen von diesen selbst zur Rechenschaft gezogen werden muß, und sagten: „Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!“

Entgegen dem kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK, die die Losung für ein „unabhängiges Kurdistan“ mittlerweile in eine Forderung nach Autonomie für die Kurden in der Türkei geändert hat, kämpfen wir für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan. Dieser Kampf erfordert die Zerschlagung der fünf kapitalistischen Staaten in der Region, die von Ankara über Teheran bis Bagdad die Kurden unter-

drücken. Vor einem Jahr gab es in der Türkei wichtige Streiks von türkischen und kurdischen Arbeitern im öffentlichen Dienst, die zum Zusammenbruch der Ciller-Regierung beitrugen. Arbeiterrevolutionen im Nahen Osten, die sich auf die ökonomisch fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausweiten müssen, sind notwendig, um das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes völlig zu verwirklichen. Dafür werden die türkischen und kurdischen Arbeiter in Westeuropa die Brücke bilden.

Im Vergleich zu Britannien, Frankreich und den USA erlangte Deutschland die nationale Vereinigung – den Rah-



Spartakist

Berlin, 1. August 1995: Trauermarsch für Kurdin Gülnaz Baghistani. Nach Auflösung des Hungerstreiks durch die Bullen in den Tod getrieben

men für die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus – erst spät. Aber als stärkste Macht Mitteleuropas versuchten die deutschen Kapitalisten schon zweimal in diesem Jahrhundert, die Widersprüche zwischen den enormen Produktivkräften und dem beschränkten Rahmen ihres Nationalstaats durch Ausweitung ihres „Lebensraums“ und durch Vernichtungskriege zu lösen. Schon zweimal wurden die Völker ganz Europas an den Rand der Barbarei gebracht.

Wenn das Proletariat nicht den Imperialisten die Macht durch die sozialistische Weltrevolution entreißt, wird deren Kampf um die Neuaufteilung der Welt einen Dritten Weltkrieg auslösen, der die Zerstörung der menschlichen Zivilisation zur Folge haben kann. Schon jetzt ruft die „Neue Weltordnung“ ständig den Widerstand der Arbeiterklasse hervor, was Trotzki's Perspektive brennende Aktualität verleiht:

„Je rascher sich die Reihen der Vorhut zusammenschließen, desto mehr wird die Epoche der blutigen Erschütterungen verkürzt, desto weniger Zerstörung wird unser Planet erleiden. Aber das große historische Problem wird auf keinen Fall gelöst werden, bevor nicht eine revolutionäre Partei an der Spitze des Proletariats steht. Die Frage des Tempos und der Zeitintervalle ist von enormer Bedeutung; aber sie ändert weder die allgemeine historische Perspektive noch die Richtung unserer Politik. Die Schlußfolgerung ist einfach: Es ist notwendig, die Arbeit der Erziehung und Organisation der proletarischen Avantgarde mit zehnfacher Energie weiterzutreiben. Genau darin liegt die Aufgabe der IV. Internationale.“ („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution“, 1940)■

Der nachfolgende Teil 3 der Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 642, 29. März 1996. Die beiden vorherigen Teile sind in Spartakist Nr. 124 (September/Oktober 1996) und Spartakist Nr. 125 (November/Dezember 1996) erschienen.

Michail Bakunins Vorläufer Proudhon und sein Nachfolger Kropotkin waren in erster Linie Theoretiker, die versuchten, die Ziele des Anarchismus durch aufklärerische Literatur zu fördern. Bakunin jedoch war von seinem Temperament her ein politischer Abenteurer, dessen Aktivitäten oftmals mit seinen erklärten „antiautoritären“ Prinzipien nicht übereinstimmten und manchmal sogar im direkten Gegensatz dazu standen.

Dies ist offensichtlich der Fall bei seinen Geheimgesellschaften. Es sollte hier hervorgehoben werden, daß diese „Organisationen“ in hohem Maße geradezu bizarr waren. Die meisten von den Heerscharen der Agenten, die nach Bakunins Behauptungen zur Internationalen Allianz der Sozialistischen Demokratie gehörten – dem geheimen Netzwerk, das er Mitte der 1860er Jahre aufgebaut hat –, existierten nur in seinem Kopf. Aber egal, ob Einbildung oder halb Wirklichkeit, der erklärte Zweck dieser Organisationen war die *konspirative Manipulation der Massenbewegung*. Das erklärt Bakunin in

von Joseph Seymour

seinem Brief (Juli 1870) an seinen französischen Anhänger Albert Richard recht deutlich:

„Wir müssen Anarchie hervorbringen, und inmitten des Volksaufbruchs müssen wir die unsichtbaren Lotsen sein, die die Revolution leiten, nicht durch irgend eine Art von offenkundiger Macht, sondern durch die kollektive Diktatur aller unserer Verbündeten [Mitglieder der Internationalen Allianz], eine Diktatur ohne Tricks, ohne offizielle Titel, ohne offizielle Rechte, und deshalb um so machtvoller, indem sie nicht die Fallen der Macht mit sich bringt. Das ist die einzige Diktatur, die ich akzeptieren werde, aber um aktiv zu werden, muß sie zuerst geschaffen werden, sie muß im voraus vorbereitet und organisiert werden, denn sie wird nicht von selbst entstehen, weder durch Diskussionen noch durch theoretische Dispute noch durch Propaganda-Massenveranstaltungen... Wenn Ihr diese kollektive und unsichtbare Macht aufbauen werdet, werdet Ihr triumphieren; die gut angeleitete Revolution wird Erfolg haben. Ansonsten wird sie es nicht!“ (Sam Dolgoff, Hrsg., *Bakunin on Anarchy*)

Es gehört wirklich Chuzpe dazu, wenn heutige Anarchisten, die sich auf Bakunin berufen, die leninistische Konzeption einer revolutionären Avantgardepartei als elitär und antidemokratisch verdammen. Im Unterschied zu Bakunins verschwommener Allianz wurden das Programm

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 3 Der Kampf in der Ersten Internationale

und die Ziele der bolschewistischen Partei umfassend veröffentlicht und waren den Werktätigen im ganzen Russischen Reich bekannt. Zusätzlich zur Verbreitung von Zeitungen, Broschüren und Fabrikflugblättern und zur Organisierung von Lesezirkeln und Diskussionszirkeln von Arbeitern benutzten die Bolschewiki die Wahlen als eine Bühne zur Propagierung ihrer revolutionären Politik, indem sie Kandidaten für die zaristische Duma aufstellten. Die Partei war der Form nach und in der Praxis intern demokratisch. Gelegentlich befand sich Lenin bei einer wichtigen Frage im bolschewistischen Zentralkomitee oder auf Parteitag in der Minderheit.

Bakunin aber konnte in seinen verschiedenen Organisationen niemals überstimmt werden, denn diese

hatten keine Regeln und keine Gremien, die über die Politik entschieden. So beschrieb der britische Historiker E.H. Carr die Allianz: „Sie hatte keine Liste von Mitgliedern, keine vereinbarten Regeln, kein abgestimmtes Programm (denn Bakunin verfaßte seine zahlreichen Entwürfe alle auf eigene Verantwortung), keine Funktionäre, keine Abonnements und keine regelmäßigen Sitzungen“ (*Michael Bakunin*, 1937). Der zeitgenössische amerikanische Anarchist Sam Dolgoff pflichtet dem bei: „Bakunins Geheimorganisationen waren eigentlich ziemlich informelle Vereinigungen von locker organisierten Individuen und Gruppen, die durch persönlichen Kontakt und Korrespondenz miteinander verbunden waren.“ Dies ist die Beschreibung einer Organisation, die von einer Clique geführt wird, in der die einfachen Mitglieder keine Möglichkeiten haben, über die Führung und die Politik zu entscheiden.

Bakunin schließt sich der Ersten Internationale an

Das heutige Bild von Bakunin ist das eines wilden Radikalen der europäischen Linken seiner Zeit, der sich gegen die bürgerliche Ordnung und bürgerliche Respektabilität auflehnte. Die Realität war ganz anders. Bakunins Wechsel vom panslawistischen Nationalismus zum Anarchismus Mitte der 1860er Jahre verringerte nicht sofort seine Vorliebe zur *Klassenzusammenarbeit*. Als die Internationale Arbeiter-Assoziation (die Erste Internationale) 1864 gegründet wurde, forderte Marx Bakunin persönlich dazu auf, sich daran zu beteiligen. Aber der schon bald als anarchistischer Führer auftretende Bakunin lehnte dies verächtlich ab und engagierte sich statt dessen in kleinbürgerlich-nationalistischen Zirkeln in Italien.

Als Bakunin, inzwischen Anarchist, auf die europaweite Bühne der Politik zurückkehrte, tat er dies nicht in der Arbeiterbewegung, sondern im bürgerlich-liberalen Milieu. 1867 schloß er sich der Liga für Frieden und Freiheit an, die ihre Basis in Genf hatte. Wie schon dem Namen zu entnehmen ist, war dies eine liberale pazifistische Organisation,

die von fortschrittlichen bürgerlichen prominenten Persönlichkeiten wie John Stuart Mill und John Bright in England, Victor Hugo in Frankreich und Giuseppe Garibaldi in Italien gegründet worden war. Ihr unmittelbarer Zweck war es, die Entwicklung in Richtung Krieg zwischen Louis Napoleons Frankreich und Bismarcks Preußen aufzuhalten. Allgemeiner gesagt, war die Liga – die Marx als „Friedens-Windbeutel“ verspottete – ein Versuch von bürgerlichen Liberalen, dem wachsenden Einfluß der Arbeiterinternationale in der europäischen Linken etwas entgegenzusetzen.

Es ist typisch für Bakunin, daß er, nachdem er die „radikale Auflösung“ des Staates als höchstes Prinzip verkündet hatte, dann eine Kehrtwendung machte und sich einer Organisation anschloß, deren programmatische Hauptforderung die (bürgerlichen) Vereinigten Staaten von Europa war! Erst als die liberalen Persönlichkeiten und Literaten der Liga, wie zu erwarten war, Bakunins Programm des anarchistischen Föderalismus ablehnten, schloß er sich schließlich 1868 der Internationalen Arbeiter-Assoziation an. Hierbei lohnt es sich, darauf hinzuweisen, daß Bakunin in seinen bis dahin 25 Jahren als selbsterklärter Revolutionär nie etwas mit der Arbeiterklasse zu tun gehabt hatte oder irgendein besonderes Interesse für ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung gezeigt hatte.

Von Anfang an war es Bakunins Ziel, Marx als führende Persönlichkeit in der Internationale zu ersetzen, aber er ging dabei mit taktischer Vorsicht vor. In einem Brief an Alexander Herzen erklärte er 1869: „Wenn ich jetzt einen offenen Krieg gegen Marx begänne, würden sich drei Viertel der Internationale gegen mich wenden, und ich käme auf eine schiefe Ebene, verlöre den einzigen Boden, auf dem ich stehen will“ (zitiert in: B. Nicolaevsky und O. Maenchen-Helfen, *Karl Marx. Eine Biographie*, 1982). Aber nur wenige Jahre später gelang es Bakunin, genügend Unterstützung zu finden, um die Internationale zu zerstören.

Um diese Entwicklung zu erklären, ist es notwendig, sich die Internationale anzuschauen, bevor Bakunin sich ihr anschloß. Die Internationale Arbeiter-Assoziation war von britischen Gewerkschaftsführern, hauptsächlich der Londoner Bauarbeitergewerkschaften, ins Leben gerufen worden, deren Hauptanliegen es war, zu verhindern, daß ihre Streiks durch den Import von Streikbrechern oder von Streikbrecherprodukten vom europäischen Kontinent gebrochen werden. Die britischen Gewerkschaftsführer waren in keinerlei Hinsicht Sozialisten, sondern eher radikale Demokraten, die die bürgerliche Liberal Party von William Gladstone und John Bright unterstützten. Sie waren auch bereit, nicht nur ökonomische Kämpfe der Arbeiter auf dem europäischen Kontinent eines Louis Napoleon und eines Bismarck zu unterstützen, sondern auch Kämpfe für demokratische Rechte wie die Pressefreiheit und ein souveränes Parlament aufgrund des allgemeinen Wahlrechts für Männer.

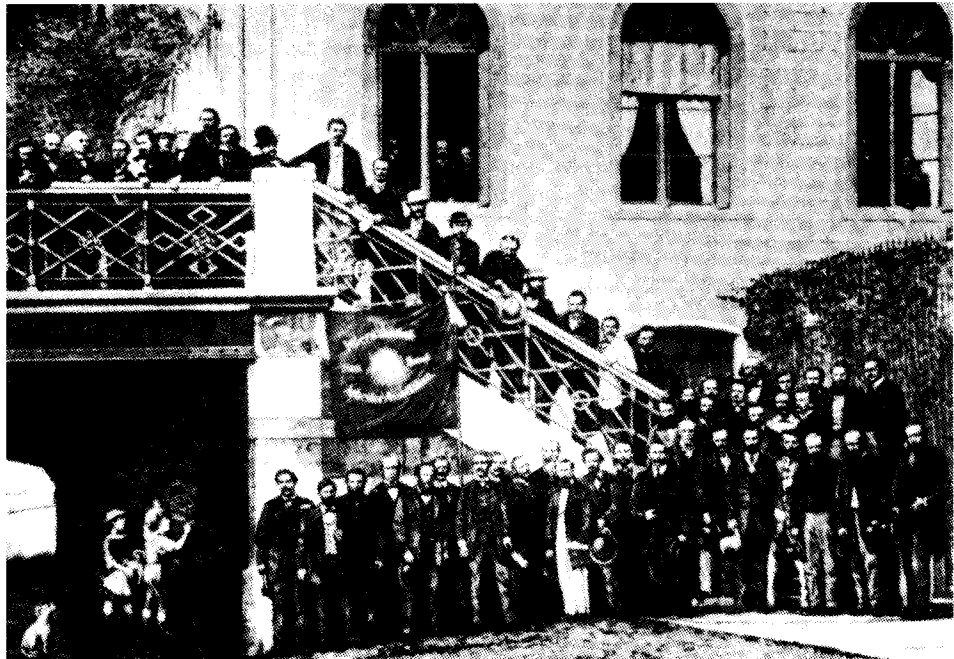
Marx wurde schnell zur herausragenden Figur im Generalkonvent der Internationale in London, weil er in der Lage war, Positionen zu definieren, die sowohl bei den linksliberalen britischen Gewerkschaftern als auch bei den verschiedenen

Radikalen auf dem Kontinent – Sozialisten, Kommunisten, französische Proudhonisten – auf Zustimmung stießen. Die Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die Marx geschrieben hat, formulierten als ihre Ziele einfach: „den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse“.

Wie die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse konkret erreicht werden sollte, wurde ganz bewußt offen gelassen. Nach dem Niedergang der Internationale beschrieb Engels ihren ursprünglichen Charakter in einem Brief (12. September 1874) an seinen deutsch-amerikanischen Mitstreiter Friedrich Sorge:

„Sie gehörte der Periode des Zweiten Kaiserreichs an, wo der in ganz Europa herrschende Druck der eben wiedererwachenden Arbeiterbewegung Einigkeit und Enthaltung von aller innern Polemik vorschrieb. Es war der Moment, wo die gemeinsamen kosmopolitischen Interessen des Proletariats in den Vordergrund treten konnten ... der deutsche Kommunismus existierte noch nicht als Arbeiterpartei, der Proudhonismus war zu schwach, um seine Spezialmarotten vorreiten zu können, Bakunins neues Krämchen bestand noch nicht einmal in seinem eignen Kopf, selbst die Chefs der englischen Trade-Unions glaubten auf Grundlage des in den *Considerants* [Erwägungen] der Statuten ausgesprochenen Programms in die Bewegung eintreten zu können.“

Diese heterogenen Kräfte konnten unter Marx' geschickter Führung solange zusammenarbeiten, wie die Hauptaktivitäten der Internationale die Unterstützung von örtlichen ökonomischen Kämpfen war, das Sammeln von Geldern für streikende Arbeiter, die Organisation von



Dietz Verlag

Der politische Abenteurer Michail Bakunin trat der Ersten Internationale 1868 bei. In den 25 Jahren zuvor als selbsterklärter Revolutionär war Bakunin nie am Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Kapital beteiligt

Kampagnen gegen Streikbruch usw. Aber als die Frage der proletarischen Revolution durch die Pariser Kommune 1871 direkt gestellt war, zerfiel die Internationale in einem Hexensabbat fraktioneller Raserei.

Die Spaltung in der Internationale

Die Niederlage Frankreichs 1870 gegen Bismarcks Preußen führte zum Sturz von Louis Napoleon und erschütterte

Fortgesetzt auf Seite 14

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

die französische Armee. Als die preußische Armee Paris belagerte, ging die französische herrschende Klasse daran, wieder einen schlagkräftigen Staatsapparat aufzubauen. Die Wahlen auf Basis des allgemeinen Wahlrechts für alle Männer führten zu einem Sieg der Parteien der Rechten, weil diese die Unterstützung der Bauernschaft hatten, die immer noch unter dem Einfluß des örtlichen katholischen Klerus stand. Paris jedoch blieb eine Hochburg der Linken, die inmitten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Entbehrungen infolge der deutschen Belagerung anwuchs. Die militärische Hauptkraft in der französischen Hauptstadt war die Nationalgarde, die zum größten Teil aus Werktätigen bestand. Voller Angst vor den radikalen Pariser Massen, etablierte sich die neue Rechtsregierung von Adolphe Thiers im Vorort Versailles, direkt vor den Toren von Paris.

Als Thiers der Nationalgarde befahl, ihre Geschütze der regulären Armee zu übergeben, antwortete die Garde mit einem Aufstand und übernahm die Stadt. Das war die Geburt der Pariser Kommune, die vom März bis zum Mai 1871 standhielt. Ihre Führung bestand aus radikalen Demokraten (Jakobinern der alten Schule), den Anhängern von Auguste Blanqui (dem jakobinischen kommunistischen Verfechter einer Diktatur einer revolutionären Minderheit, die sich aus plebejischen Elementen rekrutierte) und den Proudhonisten. Diese unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Führung der Kommune verhinderten zusammen mit der alles beherrschenden Aufgabe der militärischen Verteidigung, daß die Regierung der Kommune die Wirtschaft der Stadt sozialisierte. Trotzdem erkannte Marx, daß die Kommune das erste historische Beispiel für die *politische Herrschaft der Arbeiterklasse* war: „Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“ (*Der Bürgerkrieg in Frankreich*, April/Mai 1871).

Der Unterdrückung der Kommune durch die französische Armee, die 20000 Menschen massakrierte, folgte eine europaweite Kampagne der Panikmache gegen Linke und eine antikommunistische Hexenjagd. Marx, dessen leidenschaftliche Verteidigung der Kommune, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, eine offizielle Stellungnahme der Internationale war, wurde persönlich zum Mittelpunkt der antikommunistischen Raserei. Bis zu diesem Zeitpunkt war Marx außer-

halb der linken Zirkel relativ unbekannt gewesen. Aber jetzt wurde er von Regierungsministern und der bürgerlichen Presse als „roter terroristischer Doktor“ denunziert, der angeblich Legionen von fanatischen Revolutionären von Madrid bis St. Petersburg befehligte. Wie Marx (am 18. Juni 1871) an seinen Freund Ludwig Kugelmann schrieb: „Sie [*Der Bürgerkrieg in Frankreich*] macht einen Lärm vom Teufel, und ich habe die Ehre, at this moment the best calumniated and the most menaced man of London [in diesem Moment der bestverleumdete und meistbedrohte Mann von London] zu sein. Das tut einem wahrhaftig wohl nach der langweiligen zwanzigjährigen Sumpfdylle.“

Allerdings schwächte Marx' neu erworbene Verrufenheit seine Position in der Internationale. Zwei prominente britische Gewerkschaftsführer traten aus Protest gegen die Verteidigung der Kommune durch den Generalrat aus; mehrere andere verließen in aller Stille die Organisation. Die britischen Gewerkschafter, die in der Internationale blieben, distanzieren sich von Marx, indem sie einen getrennten englischen Regionalrat gründeten, der vom Generalrat unabhängig war. Eine Reihe führender Mitglieder der Internationale, die sich mit der Pariser Kommune solidarisierten, wie zum Beispiel der eklektische belgische Sozialist César de Paepe, verübelten Marx sein neues öffentliches Ansehen als wichtigster Führer der europäischen Linken. Dadurch wurde Bakunins Kampagne zur Schwächung von Marx' Autorität in der Internationale von politisch verschiedenartigen Kräften unterstützt, weit über seine eigenen anarchistischen Anhänger hinaus.

Die Frage bleibt: Warum traf der Zerfall der Ersten Internationale mit dem rapiden Anwachsen der anarchistischen Bewegung zusammen, einer Bewegung, die noch ein paar Jahre zuvor kaum existiert hatte? Die Antwort findet man auf zwei Ebenen: die ungleichen Auswirkungen der Industrialisierung auf die verschiedenen Regionen Europas und das politische Klima in der Zeit unmittelbar nach der Pariser Kommune.

Die Spaltung in der Ersten Internationale war durch eine klare geographische Teilung gekennzeichnet. Marx' hauptsächlichliche Basis von Unterstützern war in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern – in Britannien, Deutschland und unter den deutsch-amerikanischen Einwanderern in den Vereinigten Staaten. Bakunins Anhänger waren in den wirtschaftlich rückständigeren Ländern konzentriert – in Italien, Spanien und der französischsprachigen Schweiz.

Bakunins Vision einer sozialen Ordnung, die auf autonomen Gemeinden basiert, war für einen Londoner Bauarbeiter oder einen deutschen Immigranten, der in einer Fabrik in New York oder Philadelphia arbeitete, nicht sonderlich attraktiv oder auch nur relevant. In Italien und Spanien jedoch war die städtische Wirtschaft immer noch von kleinbetrieblicher handwerklicher Produktion bestimmt, deren pure Existenz durch die Ausbreitung der Industrialisierung bedroht war. Bakunins anfängliche Unterstützungsbasis in der Internationale waren Uhrmacher des Jura in der Schweiz. Diese qualifizierten Handwerker, von denen die meisten zu Hause arbeiteten, sahen sich einer Flut von billigen Uhren aus britischen und amerikanischen Fabriken ausgesetzt. Für die Schweizer Uhrmacher dieser Zeit bedeutete das bakunistische Programm autonomer Regionen vor allem Handelsprotektionismus gegen Industriekonkurrenz. In einer kürzlichen Studie über den Kampf in der Ersten Internationale wurde betont, daß der Bakunismus „sich in erster Linie in den Ländern – Spanien, Süditalien, Teilen von Frankreich und der Schweiz – ausgebreitet hat, wo in großer Zahl neuerdings aufsässige Bauern, Heimarbeiter und Handwerker sich auf verschiedene Weise bedroht sahen durch einen ‚Sprung ins Dunkle‘ des Kapitalismus (was als



Neu!

Spartacist

(spanische Ausgabe)

Nr. 27

Dezember 1996

56 Seiten

DM 2,-

zzgl. Porto DM 1,50

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde

Postfach 555

10127 Berlin

Konto 11988-601

Postgiro Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60

sichere Perspektive nur die Verproletarisierung in Aussicht stellte), die eine neue politische Stimme gewannen“ (Paul Thomas, *Karl Marx and the Anarchists*, 1980).

Auf seine Weise erkannte Bakunin, daß sein anarchistisches Programm nicht sonderlich attraktiv war für das Industrieproletariat in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, das er als verbürgerlicht abtat. Nach dem Zusammenbruch der Internationale schrieb er:

„Ja, vielleicht ist die Soziale Revolution nirgends so nah wie in Italien ... Anders als in vielen Ländern Europas gibt es in Italien noch keine besondere durch hohe Löhne privilegierte Arbeiterschicht, wo man sogar mit einem gewissen Maß an literarischer Bildung prahlt und so sehr von den Prinzipien und Bestrebungen und der Eitelkeit der Bourgeoisie durchdrungen ist, daß sich diese Arbeiter von den Bourgeois nur durch ihre Stellung, nicht aber durch ihre Gesinnung unterscheiden.“ (*Staatlichkeit und Anarchie*, 1873)

Zusätzlich zu diesen grundlegenden sozioökonomischen Faktoren wurde das Wachstum des Anarchismus durch das politische Klima beeinflusst, das nach der Pariser Kommune vorherrschte. Zwar sah Marx in der Kommune ein Modell für zukünftige soziale Revolutionen, er hatte aber nicht die Illusion, daß der letzte Kampf zwischen Kapital und Arbeit unmittelbar bevorstehe. In der Tat war das Schicksal der Kommune durch ihre Isolierung besiegelt worden. Als die in ihren Grundfesten erschütterte reaktionäre Regierung daran ging, das aufständische Pariser Proletariat niederzuwerfen, zerschlug Thiers schnell und mühelos einen Versuch in Marseilles, eine „rote Kommune“ zu errichten. Und der weiße Terror, der auf die Unterdrückung der Pariser Kommune folgte, brach für ein Jahrzehnt die Macht der Linken in Frankreich. Mehr noch, die europaweite antikommunistische Hexenjagd schwächte ernsthaft den linken Flügel der Arbeiterbewegung in Britannien, damals das vorherrschende kapitalistische Land der Welt. Marx betonte, daß für eine sozialistische Revolution, wo auch immer in Europa, *Jahre der Vorbereitungsarbeit*, des Aufbaus von Massengewerkschaften und von Arbeiterparteien im Verlauf der Kämpfe für wirtschaftliche Errungenschaften, soziale Reformen und demokratische Rechte nötig wären.

Bakunin appelliert im Gegensatz hierzu an die *Ungeduld* vieler linker Radikaler. Als Louis Napoleon durch die preußische Armee 1870 zu Fall gebracht wurde, startete Bakunin einen beinahe komischen Putschversuch in Lyon, der noch am gleichen Tag niedergeschlagen wurde. Nach der Niederlage der Kommune versuchte er, den Wunsch der Linken auf Rache an der Bourgeoisie auszunutzen, die das Massaker an den Kommunarden beklatscht hatte. Anarchistische Kämpfer in Barcelona und Neapel wollten der Pariser Kommune nacheifern oder wenigstens den besitzenden Klassen gehörig Angst einjagen. Der britische sozialdemokratische Historiker G.D.H. Cole beschrieb die Stimmung unter Bakunins Anhängerschaft:

„Es ging ihnen jetzt nicht mehr um eine allgemeine europäische Revolution, sondern darum, jede Gelegenheit für revolutionäre Aktionen auszunutzen, wo auch immer sie sich ergab, beinahe unabhängig von ihren Erfolgsaussichten – denn sie hielten an der Idee fest, daß je-



Combiar

März 1871: Aufstand der Pariser Nationalgarde, die zum großen Teil aus Werktätigen bestand, führte zur Pariser Kommune. Karl Marx begrüßte die Kommune als erste „Regierung der Arbeiterklasse“

des Aufbegehren Teil eines Prozesses der revolutionären Erziehung der Massen sei und deshalb ein Schritt in Richtung auf das angestrebte Ziel, die existierende Sozialstruktur von Grund auf umzustürzen.“ (*Socialist Thought: Marxism and Anarchism 1850–1890* [Sozialistisches Denken: Marxismus und Anarchismus], 1954)

Die Antwort von Marx auf die Bakunisten

Der Kampf zwischen Marx und Bakunin wurde jedoch *nicht* auf die Weise gestellt, daß die Internationale dazu gebracht werden müsse, alternativ die Prinzipien und das Programm des wissenschaftlichen Sozialismus oder des Anarchismus anzunehmen. Beide Protagonisten blieben dabei, daß die Internationale auch weiterhin eine breit angelegte, umfassende Organisation sein sollte, offen für alle klassenbewußten Arbeiter, seien es englische Linksliberale, deutsche Kommunisten oder italienische Anarchisten. Deshalb wurde der Kampf in einem engen organisatorischen Rahmen geführt, der nur ganz entfernt die grundlegenden Differenzen zwischen Marxismus und Anarchismus berührte.

Die offizielle Position von Marx in der Internationale war nur die des korrespondierenden Sekretärs für Deutschland. Seine Autorität beruhte auf seiner De-facto-Führung des Generalrats, der die politischen Erklärungen und programmatischen Dokumente herausgab, neue Sektionen aufnahm, Streitfälle zwischen und manchmal innerhalb von Sektionen schlichtete usw. Die Bakunisten konzentrierten ihre Bemühungen deshalb darauf, dem Generalrat seine Befugnisse zu entziehen, um ihn auf ein „einfaches Büro für Korrespondenz und Statistik“ zu reduzieren.

Als theoretische Rechtfertigung führten sie an, daß die Struktur der Internationale die Struktur der anarchistischen Gesellschaft der Zukunft vorwegnehmen sollte. Genauso wie eine solche Gesellschaft eine freiwillige Föderation autonomer Gemeinden sein würde, ohne irgendeine Zentralregierung, so sollte die Internationale eine freie Föderation autonomer Sektionen sein, ohne ein zentrales Führungsgremium. Die zentrale fraktionelle Erklärung der Bakunisten, das „Sonvillers Circulaire“ (November 1871), argumentierte:

„Wie kann man erwarten, daß eine gleiche und freie Gesellschaft aus einer autoritären Organisation hervorgeht?

Fortgesetzt auf Seite 16

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

Es ist unmöglich. Die Internationale, Embryo der zukünftigen menschlichen Gesellschaft, muß von diesem Moment an das treue Ebenbild unserer Prinzipien von Freiheit und Föderation sein und aus ihrer Mitte heraus jedes Prinzip zurückweisen, das zu Autorität und Diktatur führt.“ (nach James Joll, *The Anarchists*, 1964)

Dies ist die Konzeption einer sozialen Organisation, die zu einer Kleinbourgeoisie von Privateigentümern und Möchtegern-Privateigentümern paßt, auch wenn dies mit den Parolen über Kooperativen und Kollektive verschleiert wird.

Marx und Engels antworteten, daß der Zweck der Internationale der Sturz der bestehenden bürgerlichen Ordnung sei. Solch eine *Kampforganisation der Arbeiterklasse* muß notwendigerweise eine andere interne Struktur und einen anderen Charakter haben als eine zukünftige klassenlose und staatenlose Gesellschaft, in der die sozialen Beziehungen harmonisch sind. Sie hoben hervor, daß die Pariser Kommune, die auch die Anarchisten als Modell für eine soziale Revolution hochhielten, *hochgradig militarisiert* war, um sich gegen die feindliche bürgerliche Regierung in Versailles zu verteidigen. Aber in der zukünftigen Gesellschaft, wie sie sich sowohl Kommunisten als auch Anarchisten vorstellten, würde es keine bewaffneten Streitkräfte, keine Polizei, keine Körperschaften organisierter Gewalt irgendeiner Art geben. Marx und Engels sahen die Anarchie, d.h. das Verschwinden des Staates als ein Endziel der kommunistischen Bewegung an, aber sicherlich nicht als ein Mittel, um dorthin zu kommen:

„Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, welche dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu halten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen. Die [bakunistische] Allianz greift die Sache am umgekehrten Ende an. Sie proklamiert die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbarste Mittel, die gewaltigen, in den Händen der Aus-

beuter konzentrierten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen. Unter diesem Vorwande verlangt sie von der Internationalen in demselben Augenblick, wo die alte Welt sie zu vernichten sucht, daß sie ihre Organisation durch die Anarchie ersetze.“ („Die angeblichen Spaltungen in der Internationale“, März 1872)

Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den Unterstützern von Marx und den Anarchisten fand auf dem Kongreß der Internationale statt, der 1872 in Den Haag, der Hauptstadt der Niederlande abgehalten wurde (siehe Hans Gerth, Hrsg., „The First International Minutes of the Hague Congress of 1872 with Related Documents“ [Die Protokolle des Haager Kongresses der Ersten Internationale von 1872 mit damit zusammenhängenden Dokumenten], University of Wisconsin Press, 1958). Von den sechs Tagen, die für diese Zusammenkunft angesetzt waren, verbrachte man drei Tage damit, Auseinandersetzungen über die Vertretungsbeziehung von Delegierten zu klären. Dies allein ist ein Anzeichen für ein fortgeschrittenes Zerfallsstadium einer Organisation. Marx hatte auf diesem Kongreß zum größten Teil deshalb eine Stimmenmehrheit, weil ihn die französischen Blanquisten unterstützten, die im Londoner Exil waren. Wenn auch Bakunin wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten aus der Internationale ausgeschlossen wurde, so erkannte Marx doch, daß die Organisation nicht länger lebensfähig war und in der Tat ihre historische Rolle ausgespielt hatte. In einem überraschenden Vorstoß am Ende des Kongresses schlug Engels vor, den Sitz des Generalrats von London nach New York zu verlegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen vieler Anarchisten angenommen, was die Selbstauflösung der Internationalen Arbeiter-Assoziation als Dachorganisation für militante Arbeiter und linke Intellektuelle signalisierte.

Marx kontra Bakunin über die nachrevolutionäre Gesellschaft

Es war paradox, aber verständlich, daß die ernsthafteste polemische Auseinandersetzung zwischen Bakunin und Marx über die Organisation der nachrevolutionären Gesellschaft erst nach dem Zusammenbruch der Internationale stattfand, und nicht während ihres Kampfes um deren Führung. 1873 schrieb Bakunin auf russisch sein Hauptwerk,

Staatlichkeit und Anarchie, das einen Abschnitt enthielt, in dem er Marx' Konzeption der proletarischen Diktatur angriff. Als Marx sich selbst Russisch beibrachte, las er dieses Buch und schrieb umfangreiche Anmerkungen dazu. Diese Anmerkungen verteidigen einerseits seine eigenen Konzeptionen gegen Bakunins konfuse Kritik und weisen andererseits auf die grundlegenden Irrtümer der anarchistischen Weltansicht hin.

Bakunin und Marx stellten ihre gegenseitige grundlegende Differenz auf unterschiedliche Weise dar. Ersterer konzentrierte sein Feuer auf die Konzeption eines Arbeiterstaats oder der revolutionären Diktatur, die er nur als Deckmantel für die Gier der Marxisten nach politischer Macht ansah. „Die Führer der Kommunistischen Partei, das heißt Herr Marx und seine Freunde“, betonte er, „werden die gesamte administrative Macht in ihren eigenen starken Händen konzentrieren.“ Marx hob hervor, daß den Differenzen mit den Anarchisten über die Frage von politischer



Radio Times Hullton

Während eines Putschversuchs in Lyon im Oktober 1870 erklärte eine Proklamation von Bakunin den Staat für abgeschafft

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Fédération Révolutionnaire
DES
COMMUNES

La situation désastreuse dans laquelle se trouve le Pays; l'impuissance des pouvoirs officiels et l'indifférence des classes privilégiées ont mis la Nation française sur le bord de l'abîme.

Si le Peuple organisé révolutionnairement ne se hâte d'agir, son avenir est perdu, la Révolution est perdue, tout est perdu. S'inspirant de l'immensité du danger et considérant que l'action désespérée du Peuple ne saurait être retardée d'un seul instant, les délégués des Comités fédérés du Salut de la France, réunis au Comité central, proposent d'adopter immédiatement les résolutions suivantes:

Article 1^{er}. — La machine administrative et gouvernementale de l'Etat, tant devenue impuissante, est abolie.

Le peuple de France entre en pleine possession de lui-même.

Art. 2. — Tous les tribunaux criminels et civils sont suspendus et remplacés par le jury du peuple.

Art. 3. — Le paiement de l'impôt et des hypothèques est suspendu. L'impôt est remplacé par les contributions des communes fédérées, prélevées sur les classes riches, proportionnellement aux besoins du salut de la France.

Art. 4. — L'Etat, étant dissolu, ne pourra plus intervenir dans le paiement des dettes privées.

Art. 5. — Toutes les organisations municipales existantes sont cassées et remplacées dans toutes les communes fédérées par des Comités de salut de la France, qui exerceront tous les pouvoirs sous le contrôle immédiat du Peuple.

Art. 6. — Chaque comité de chef-lieu de département enverra deux délégués pour former la Convention révolutionnaire du Salut de la France.

Art. 7. — Cette Convention se réunira immédiatement à l'Hôtel-de-Ville de Lyon, comme étant la seconde ville de France et la plus à portée de porter son énergique appui à la défense du Pays.

Cette Convention, appuyée par le Peuple entier, sauvera la France.

ALEX ARMEN!!!

C. B. NAGNIN, BUREAU, DE VILLE, BAKUNIN de France, François PAVRE, Louis PAVRE, R. PAVRE, R. M. G. G. DE BUREAU, Louis PAVRE, J. BOURGEOIS, H. BOURGEOIS, W. BAKUNIN, P. PAVRE, A. GUILLET, L. GUILLET, M. PAVRE, J. LAYON, G. GILLO, BAKUNIN, J. BAKUNIN, F. GUILLET, A. BAKUNIN de Normandie, DUPON de Belgique, N. BAKUNIN

und militärischer Macht in der nachrevolutionären Situation Bakunins *idealistische* Konzeption des sozialen Wandels zugrundelag. Dies drückte sich in Bakunins Bemerkung aus, daß jegliche unterdrückte Klasse eine sozialistische Revolution zustande bringen könne und eine klassenlose und staatenlose Gesellschaft unter allen, selbst den primitivsten, wirtschaftlichen Verhältnissen aufgebaut werden könne. Marx schrieb:

„Eine radikale soziale Revolution ist an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft; letztere sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt... Er [Bakunin] versteht absolut nichts von sozialer Revolution, nur die politischen Phrasen davon; die ökonomischen Bedingungen derselben existieren nicht für ihn. Da nun alle bisherigen ökonomischen Formen, entwickelt oder unentwickelt, Knechtschaft des Arbeiters (sei es in der Form des Lohnarbeiters, Bauern etc.) einschließen, so glaubt er, daß in allen gleichmäßig *radikale Revolution* möglich. Aber noch mehr! Er will, daß die auf der ökonomischen Basis der kapitalistischen Produktion gegründete europäische soziale Revolution auf dem Niveau der russischen oder slawischen Agrikultur- und Hirtenvölker sich vollziehe ... Der *Wille*, nicht die ökonomischen Bedingungen, ist die Grundlage seiner sozialen Revolution.“ [Hervorhebung im Original] („Konspekt von Bakunins *Staatlichkeit und Anarchie*“, 1874/75)

Bakunins Argumentation gegen die proletarische Diktatur ist im wesentlichen eine Version des liberalen Lügenmärchens, daß Macht korrumpiert:

„Was soll das heißen, das zur herrschenden Klasse erhobene Proletariat? Soll etwa das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen? Es gibt ungefähr vierzig Millionen Deutsche. Sollen etwa alle vierzig Millionen Regierungsmitglieder werden? ... Dann wird es keine Regierungen, keinen Staat geben, denn wenn es einen Staat gibt, dann gibt es auch Regierte, gibt es Sklaven... So kommt man also, von welchem Standpunkt auch immer man dieses Problem betrachten mag, stets zu demselben traurigen Resultat: zur Beherrschung der großen Mehrheit der Volksmasse durch eine privilegierte Minderheit. Diese Minderheit aber, so sagen die Marxisten, wird aus Arbeitern bestehen. Mit Verlaub, aus *ehemaligen* Arbeitern, die aber, kaum sind sie zu Volksvertretern geworden oder an die Regierung gelangt, aufhören, Arbeiter zu sein und vielmehr auf die ganze Welt der einfachen Arbeiter von der Höhe des Staats herabzusehen beginnen; und so werden sie bereits nicht mehr das Volk, sondern sich selbst repräsentieren und ihren Anspruch darauf, das Volk zu regieren. Wer das bezweifelt, der kennt die menschliche Natur nicht.

Diese Auserwählten aber sind dann glühend überzeugte und dazu noch gelehrte Sozialisten. – Die Worte *„gelehrter Sozialist“*, *„wissenschaftlicher Sozialismus“*, denen man in den Werken und Reden der Anhänger von Lassalle



Musée Carnavalet

Kommunardinnen verteidigen die Pariser Barrikaden im Mai 1871. Die bürgerliche Regierung unter Adolphe Thiers massakrierte 20 000 Pariser bei der Zerschlagung der „roten Kommune“

und Marx ständig begegnet, beweisen allein schon, daß der sogenannte Volksstaat nichts anderes sein wird, als die äußerst despotische Regierung der Volksmassen durch eine neue und zahlenmäßig sehr kleine Aristokratie wirklicher oder angeblicher Gelehrter.“ (*Staatlichkeit und Anarchie*, 1873)

In einem Brief an den deutschen Arbeiterführer August Bebel im März 1875 wies Engels jegliche Vorstellung zurück, daß er und Marx für einen „Volksstaat“ eintreten würden. In diesem Brief, der Marx' berühmter „Kritik des Gothaer Programms“ vorausging, schrieb Engels:

„Der *Volksstaat* ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das *„Kommunistische Manifest“* direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Engels sprach ferner von „der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“ (ebenda). Wie Lenin später in seinem grundlegenden Werk *Staat und Revolution* (1917) herausgearbeitet hat: „Die Kommune *hörte auf*, ein Staat zu sein, insofern sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer *besonderen* Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan.“

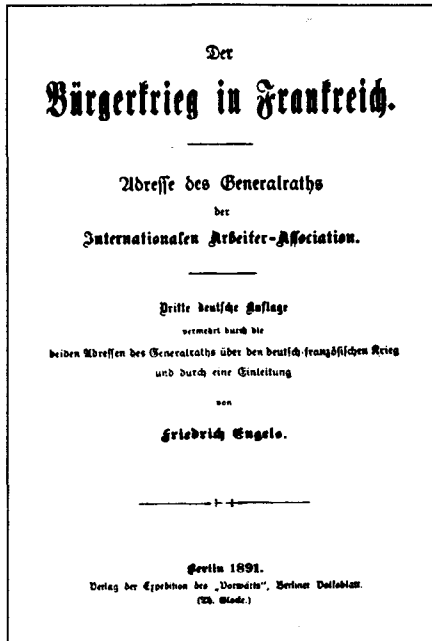
Auf Bakunins rhetorische Frage, ob das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen solle, antwortete Marx: „Bildet z. B. bei einer Trade-Union die ganze Union ihr Exekutivkomitee?“ Marx sah die Gewerkschaftsbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft als Vorwegnahme von wichtigen Aspekten der zukünftigen Arbeiterstaaten. Viele Jahrzehnte später sollte Trotzki die Parallele von Stalins

Fortgesetzt auf Seite 18

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

Rußland zu einer höchst bürokratisierten Gewerkschaft mit Staatsmacht beschreiben. Bakunins Argumente gegen einen Arbeiterstaat könnten in ihrer Logik genauso gegen Gewerkschaften angewendet werden. Wenn die gewählten Vertreter einer Arbeiterregierung, sogar wenn sie früher selbst Arbeiter gewesen sind, unweigerlich korrupt und despotisch werden müssen, warum sollte dies nicht auch auf die gewählten Vertreter der Gewerkschaften zutreffen? An die-



Dietz Verlag

Karl Marx' leidenschaftliche Verteidigung der Kommune im Bürgerkrieg in Frankreich machte ihn zur Zielscheibe der antikommunistischen Hexenjagd in Europa. Nach der Kommune zerfiel die Erste Internationale in sich bekriegende Fraktionen

ser Stelle sollte man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß der ursprüngliche Theoretiker des Anarchismus, Joseph-Pierre Proudhon, gegen Gewerkschaften gewesen ist.

Anarchismus und Stalinismus

Aufgrund der Erfahrung mit dem Stalinismus in der früheren Sowjetunion und auch im „kommunistischen“ China könnten linke Jugendliche, die die Auseinandersetzung zwischen Bakunin und Marx heute nachlesen, zu dem Schluß kommen, daß Bakunin, was auch immer seine Schwächen gewesen sein mögen, mehr Weitblick als Marx hatte, was die Gefahr der Bürokratisierung in nachrevolutionären Staaten betrifft. Auf diese Weise an die Frage heranzugehen ist jedoch liberaler Idealismus und völlig ahistorisch. Der Aufstieg und die Konsolidierung einer privilegierten Bürokratie im nachrevolutionären Rußland spiegelte direkt das Abebben der weltweiten revolutionären Flut wider und drückte sich in dem antibolschewistischen Programm der Stalinisten aus, in dem eine Koexistenz mit der reaktionären alten Ordnung auf internationaler Ebene erklärt wurde. Analog dazu ist es auch bei einer Gewerkschaft nicht die Macht der Gewerkschaft, die einen korrupten Bürokratismus fördert, sondern der Druck, den die machtvolle Kapitalistenklasse und ihr Staat ausüben.

Marx nahm an, daß sozialistische Revolutionen zuerst in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in Westeuropa stattfinden würden – in Britannien, Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland. Die daraus entstehenden Arbeiterstaaten hätten sich daher nicht notgedrungen mili-

tärisch und wirtschaftlich organisieren müssen, um sich gegen feindliche und mächtigere kapitalistische Staaten zu verteidigen. Und auf ganz elementarer Grundlage hätten sozialistische Regierungen in Westeuropa das Niveau der Produktivität der Wirtschaft durch die sinnvolle Anwendung der entwickeltsten verfügbaren Technologien rasch angehoben.

Aber der Verlauf der Geschichte richtete sich nicht nach diesen Vorhersagen. Statt dessen ereigneten sich proletarische Revolutionen nicht in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, sondern, wie Lenin es formulierte, im „schwächsten Glied“ des europäischen imperialistischen Systems. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich im zaristischen Rußland ein bedeutendes Industrieproletariat entwickelt, neben der riesigen, rückständigen Bauernschaft, die immer noch einer vom Feudalismus geprägten Form der Ausbeutung unterworfen war. Diese kombinierte und ungleichzeitige Entwicklung war ein wichtiger Grund, warum die proletarische Revolution – die bolschewistische Revolution von 1917 – in Rußland erfolgreich war.

Lenin, Trotzki und die anderen bolschewistischen Führer hatten freilich vor, den Russischen Oktober auf die ganze Welt auszuweiten, denn sie erkannten, daß nur dadurch für die wirtschaftlichen Ressourcen zur sozialistischen Umgestaltung Rußlands gesorgt werden konnte. Im November 1917 schrieb Nikolai Bucharin, einer der führenden Theoretiker der Bolschewiki: „Der Sieg des Proletariats im Westen wird es ermöglichen, die ökonomischen Wunden Rußlands durch Planung und mit Hilfe der hochentwickeltesten westeuropäischen Technologien zu heilen. Die ökonomische Rückständigkeit Rußlands wird durch das hohe technische Niveau Europas ausgeglichen werden“

(nach C. Abramsky, Hrsg., *Essays in Honour of E.H. Carr*, 1974).

Die spätere bürokratische Degeneration des sowjetischen russischen Arbeiterstaats – eingekreist von feindlichen und wirtschaftlich fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten – bestätigte den grundlegenden Ausgangspunkt des historischen Materialismus. Schon im Jahre 1920 warnte Lenin, daß die neuen kommunistischen Funktionäre durchdrungen waren von den Werten und Ansichten der alten zaristischen Beamten. Und Mitte der 20er Jahre erklärte Trotzki der Bürokratisierung der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung den Krieg, deren oberster Führer J. W. Stalin werden sollte.

Anarchismus und Stalinismus werden gewöhnlich als Verkörperung der diametral entgegengesetzten Pole in der Linken betrachtet. Aber der grundlegende Ausgangspunkt des Anarchismus von Bakunin ähnelt dem des stalinistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land“ und besonders der maoistischen Vorstellung eines sich auf Bauern stützenden Sozialismus. Für Bakunin befand sich die Avantgarde der sozialen Revolution in den rückständigsten Ländern von Süd- und Osteuropa, wie zum Beispiel in Italien und Rußland, wo in den 1860er und 1870er Jahren ein Industrieproletariat so gut wie gar nicht existierte. „Wenn die Arbeiter des Westens zu lange zaudern,“ schrieb er 1869, „wird der russische Bauer ihnen ein Beispiel setzen“ (nach Joll, *The Anarchists*).

Es verwundert nicht, daß Bakunin von zeitgenössischen Anarchisten wie dem amerikanischen Historiker Paul

Avrich als ein „Prophet“ der maoistischen und guevaristischen Konzeption einer „Allianz von entfremdeten Intellektuellen mit enteigneten Massen im Guerillakampf“ bejubelt wird (Vorwort zu *Bakunin on Anarchy*). Dieser sich auf die Bauernschaft stützende Guerillakampf führt bestenfalls zur Schaffung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaats in wirtschaftlich isolierten und rückständigen Ländern wie China, Vietnam und Kuba.

Es stimmt, daß Bakunin – dessen Theorien nie besonders konsistent waren – im 1866 erschienenen *Revolutionären Katechismus* auch argumentierte, daß eine isolierte soziale Revolution in einem einzelnen Land keinen Erfolg haben könne gegen „die heilige Allianz der Weltreaktion und die Verschwörung der Könige, des Klerus, des Adels und des bürgerlichen Feudalismus, gestützt auf ungeheure Budgets, stehende Heere...“. Dabei ist charakteristisch, daß sich Bakunins damalige Argumentation für eine Weltrevolution auf *militärische, nicht auf ökonomische* Annahmen gründete. Aber auch Stalin behauptete, daß nur eine militärische Intervention der Imperialisten Sowjetrußland davon abhalten könne, den „Sozialismus“ mit seinen eigenen Mitteln aufzubauen.

Dagegen schrieb Trotzki: „Soweit die Arbeitsproduktivität und die Produktivität der bestimmten Gesellschaftsform überhaupt durch die Preisverhältnisse des Marktes gemessen werden können, bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetwirtschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigeren kapitalistischen Ware“ (*Die Dritte Internationale nach Lenin*, 1928). Sowohl in der Polemik von Marx gegen Bakunins Anarchismus in den 1870er Jahren als auch in Trotzki's Opposition gegen Stalins

Doktrin des „Sozialismus in einem Land“ ist der zentrale Punkt der gleiche: Die Errichtung einer klassenlosen und staatenlosen Gesellschaft, in der alle Mitglieder ihre vollen Fähigkeiten frei entwickeln können, muß auf einem Niveau von wirtschaftlicher Produktivität basieren, das weit höher ist als selbst der am weitesten entwickelte Kapitalismus.

Sowohl Bakunin als auch Stalin trennten das sozialistische Bewußtsein von der Überwindung des wirtschaftlichen Mangels. „Das russische Volk“, so der Autor von *Staatlichkeit und Anarchie*, „ist sozialistisch aus Instinkt und revolutionär von Natur“. In den 30er Jahren proklamierte das Stalin-Regime, daß sich in Sowjetrußland ein „neuer sozialistischer Mensch“ herausgebildet hätte, der Individualismus und Egoismus überwunden habe, und der sich völlig mit dem kollektiven Wohlergehen der Werktätigen identifiziere.

Bei unserem Hinweis auf die wichtigen gemeinsamen Elemente in den Ideologien des Anarchismus und des Stalinismus erkennen wir natürlich auch die fundamentalen Unterschiede zwischen Bakunin und Stalin als historische Figuren. Stalin war ein psychopathischer Massenmörder, der die Interessen einer parasitären, korrupten, zynischen und in ihren Grundfesten konservativen Bürokratie vertrat, die sich einem Arbeiterstaat aufgepfropft hatte und diesen erwürgte. Michail Bakunin strebte trotz all seiner Fehler aufrichtig eine egalitäre und menschliche Gesellschaft an, deren Mitglieder ein freies und schöpferisches Leben führen würden. Gleichwohl ist die idealistische Idee vom „Triumph des freien Willens“, die den Kern der anarchistischen Auffassungen bildet, auch ein Schlüsselement der stalinistischen bürokratischen Kommandogesellschaft.

[WIRD FORTGESETZT]

Proposta...

Fortsetzung von Seite 6

Proposta über den Staat erklärt Lenin in *Staat und Revolution*, daß der Staat aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ besteht und ein „Organ der Klassenherrschaft“ ist, „ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere“. Lenin zitiert Marx und die Erfahrung der Pariser Kommune 1871, der ersten proletarischen Revolution, und unterstreicht damit, „daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann“ und daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht geschehen kann „ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt“. Der kapitalistische Staat ist „die ‚besondere Repressionsgewalt‘ der Bourgeoisie gegen das Proletariat“, die „abgelöst werden muß durch eine ‚besondere Repressionsgewalt‘ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats)“ (Lenin, *Staat und Revolution*, Hervorhebung im Original).

Auf dem Papier ruft *Proposta* zu einer „drastischen Reduzierung der Militärausgaben“ auf. Das ist die klassische sozialdemokratische Forderung nach „Butter statt Kanonen“. Das steht im Gegensatz zu einem Engels-Zitat, das in derselben Nummer von *Proposta* abgedruckt wurde: „Dennoch ist unser Programm ein rein sozialistisches Programm. Unsere erste Forderung ist die Sozialisierung aller Produktionsmittel und Produktionsinstrumente. Zwar akzeptieren wir alles, was uns irgendeine Regierung gibt, aber nur als Abschlagszahlung, für die wir keinen Dank schulden. Wir stimmen immer gegen das Budget und gegen jede Forderung von Geld oder Menschen für die Armee“ (*Proposta*, Oktober 1996, unsere Hervorhebung). Tatsächlich hat *Proposta* in ihrem „Antrag 2“ skandalöserweise für eine Wehrpflichtigenarmee für die Kapitalistenklasse argumen-

tiert. Soviele zu „Butter statt Kanonen“ – unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und Opposition gegen eine Berufsarmee unterstützt *Proposta* die Einberufung von Jugendlichen, die als Kanonenfutter für die überseeischen imperialistischen Kriege der Bourgeoisie benutzt werden, als Truppen gegen Streikende an der Heimatfront und bei der Verfolgung der Immigranten. Wir Spartakisten kämpfen in der Tradition von Karl Liebknecht, der die Losung erhob: „Keinen Mann und keinen Pfennig für die imperialistische Armee!“ Genauso kämpfen wir Spartakisten gegen die Wehrpflicht, aber wenn wir eingezogen werden, gehen wir und kämpfen dafür, andere proletarische jugendliche Rekruten zu einem politischen Programm des Widerstands gegen ihre eigene herrschende Klasse zu gewinnen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Propostas Volksfrontpolitik: Gegen Immigranten, gegen Frauen, gegen Internationalismus

Es ist eine der Eigenschaften der Volksfront, daß hinter den mehr oder weniger „linken“ rhetorischen Erklärungen dennoch die Bourgeoisie das Kommando führt. Und für die Bourgeoisie ist es bei ihren jetzigen Frontalangriffen auf die Arbeiter wichtig, das Proletariat zu schwächen und zu spalten nach Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter und indem sie Nord und Süd gegeneinanderstellt. Deshalb sind die ersten, die für die Krise des Kapitalismus bezahlen, die Immigranten, die dem täglichen rassistischen Terror und der ständigen Bedrohung durch Abschiebung ausgesetzt sind; die Frauen, die als erste gefeuert und zurück in die Sklaverei der „Hausarbeit“ getrieben werden; Jugendliche, die keine Unabhängigkeit und keine Jobs haben; die Minderheiten überhaupt: die Homosexuellen, die Roma und die Obdachlosen, die systematisch an den Rand gedrängt, ihrer Rechte beraubt und unterdrückt werden.

Fortgesetzt auf Seite 20

Proposta...

Fortsetzung von Seite 19

Es ist die absolute Pflicht einer kommunistischen Partei, die Verteidigung dieser besonders unterdrückten Schichten der Bevölkerung an die erste Stelle zu setzen. Lenin bestand darauf, daß die revolutionäre Partei ein „Volkstribun“ sein muß. Im Gegensatz dazu hat „Antrag 2“, der als eine allgemeine politische Plattform vorgestellt wurde, zu dieser Frage fast nichts zu sagen! Er beschränkt sich wortwörtlich auf die „Notwendigkeit, den Kampf gegen Vorurteile, die es auch unter Arbeitern gibt, und gegen die rassistischen und fremdenfeindlichen Ausbrüche zu führen“. Für Frauen fordert er „eine klare Bestätigung der Autonomie und Selbstbestimmung, nicht nur in bezug auf die persönlichen Entscheidungen im Leben und den eigenen Platz in der Gesellschaft, sondern auch in einer politischen Richtung, bis hin zu dem Punkt, das traditionelle Verhalten in den Klassenorganisationen und der Partei in Frage zu stellen“. Das ist alles. Ein paar Sätze, die selbst der Papst akzeptieren würde. Für *Proposta*, die sich in dem weißen, männlichen und nationalistischen RC-Milieu entwickelt hat, sind das rassistische Dini-Gesetz, das von RC „kritisch“ unterstützt wurde, der tägliche rassistische Terror und die Abschiebungen von Immigranten sowie die Angriffe auf Abtreibungsrechte es nicht wert, in einem politischen Programm erwähnt zu werden. Ebenso wenig Forderungen wie die Abschaffung des Konkordats und Trennung von Kirche und Staat. Diese Themen vermeidet man besser, wenn man eine Wahlkampagne macht mit der PPI des Vatikan, mit dem Abtreibungsgegner Prodi oder mit offenen Rassisten wie Diego Masi aus der Lombardei.

Proposta hat nichts getan, um gegen den Rassismus zu mobilisieren. Wie ein *Spartaco*-Flugblatt im Februar 1995 berichtete (siehe auch *Spartakist* Nr. 118, Mai/Juni 1995), organisierten Genossen der LTd'I einen erfolgreichen Protest in Mailand, als die Bullen versuchten, drei Immigranten aus Bussen zu zerren, die zu einer antirassistischen Demo in Rom fuhren. Als Unterstützer der LTd'I eine Menschenkette von 250 Passagieren organisierten, die die Polizeistation blockierte und Freiheit für die drei eingewanderten Genossen forderte, ging Grisolia – der weder den Protest organisiert noch dafür gekämpft hatte – gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsbürokraten in die Polizeistation hinein, um mit den Bullen zu feilschen. Anschließend versuchten die Bürokraten erfolglos, den Protest „abzukühlen“; davon unberührt setzten die Demonstranten den Kampf so lange fort, bis ihre Genossen befreit waren.

Wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien und rufen zur Mobilisierung der Arbeiter und Immigranten auf, um den rassistischen Terror zu zerschlagen und die Abschiebungen zu stoppen. Die Immigranten müssen gewerkschaftlich organisiert werden und gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Im Land des Vatikan, der eine der wichtigsten Mächte zur Unterdrückung der Frauen ist, fordern wir die vollkommene Trennung von Kirche und Staat, wir kämpfen dafür, das Konkordat abzuschaffen und die Besitztümer des Vatikan zu enteignen, und wir wollen die Kirche aus den Schulen schmeißen.

Wir kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, auch für Jugendliche und Immigranten. Die Bourgeoisie, unterstützt von der katholischen Kirche, führt eine Kampagne zur Verteidigung der „Familienwerte“, wo doch in der Familie die Unterdrückung von Frauen und Jugendlichen par excellence durchgeführt wird, und sie greift jedes Verhalten an, das die Familie in Frage stellt, angefangen mit Geschlechtsverkehr unter Jugendlichen bis zur Homosexualität.

Wir sagen, daß Sexualität eine private Angelegenheit ist, für die das Einverständnis der Beteiligten die einzige Vor-

aussetzung ist; Staat und Kirche müssen raus aus den Schlafzimmern!

„Antrag 2“ schlägt Frauen und Immigranten vor, sich „selbst zu organisieren“. *Proposta* appelliert an „die Selbstorganisation dieser Gruppen (Frauen, Schwule, Lesben und Immigranten) und ist für die Bildung von Kontrollkomitees gegen Diskriminierung, die an der Basis organisiert werden“. Dieser sektoralistische Appell, weitverbreitet in RC, ist nichts anderes als der Vorschlag, Ghettos zu bilden, wo Frauen „Frauenfragen“ und Immigranten „Immigrationsprobleme“ usw. diskutieren, während die „Partei“ die „wirkliche Politik“ durchführt, die den Ausverkauf der Rechte dieser Gruppen einschließt. Dieser Aufruf, sich „auf sich selbst zu verlassen“, entläßt die RC- und Gewerkschaftsführer aus der Verantwortung, die sich weigern, die schweren Bataillone des Proletariats zur Verteidigung der doppelt unterdrückten Schichten zu mobilisieren.

Wir Kommunisten erkennen, daß die Unterdrückung der Frauen in der Institution der Familie wurzelt, der sozialen und ökonomischen Einheit, die ein integraler Bestandteil des Kapitalismus ist, weil sie das prinzipielle Mittel ist, das Erbe des Privateigentums weiterzureichen. Wir kämpfen für die Befreiung der Frau und sehen diesen Kampf als untrennbaren Bestandteil des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus. Das kann nur durch sozialistische Revolution und die Abschaffung des Privateigentums erreicht werden. Für uns Kommunisten steht die Verteidigung der Rechte der besonders unterdrückten Schichten der Bevölkerung an erster Stelle unseres Parteiprogramms und ist ein integraler Bestandteil davon. Wir sagen, daß es die organisierte Arbeiterklasse ist, die für diesen Teil der Bevölkerung mobilisieren muß. Die Seiten in *Spartaco* unter dem Titel „Frauen und Revolution“ sind ein Erbe der bolschewistischen Publikation *Rabotniza* und der *Fraueninternationale* von der Kommunistischen Internationale. Die „Jugendseiten“, auf die wir stolz sind, sind ein weiterer Beweis dafür.

Proposta: Eine Geschichte des pabloistischen Liquidatorentums

Proposta kommt aus der schlechten politischen Tradition des pabloistischen Liquidatorentums. Michel Pablo wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum Führer der dezimierten Kräfte von Trótzkis Vierter Internationale. Zutiefst impressionistisch, liquidierte er das politische Programm und den Zweck von Trótzkis Internationale. Unfähig, die Nachkriegsumwälzung in Osteuropa zu verstehen, glaubte Pablo, daß die stalinistischen Parteien eine nahezu revolutionäre Rolle spielen könnten, er sagte „Jahrhunderte deformierter Arbeiterstaaten“ voraus und verfolgte eine Politik des tiefen Entrismus in stalinistische und sozialdemokratische Parteien. Das ist das politische Erbe von *Proposta*, und genauso haben Grisolia & Co. ständig die Notwendigkeit einer unabhängigen proletarischen Avantgarde zurückgewiesen, da sie kein Vertrauen in die Arbeiterklasse haben, daß diese als Klasse für sich bewußt handeln kann. Wenn man die revolutionäre Kapazität des Proletariats aufgibt, dann gibt es natürlich auch keinen Bedarf an einer proletarischen Avantgardepartei.

1976 brach die internationale Spartacist-Tendenz (iST), Vorläufer der Internationalen Kommunistischen Liga, die Beziehungen zu Grisolia und Ferrando ab, die sich damals Bolschewistisch-Leninistische Gruppe Italiens (GBL) nannten, genau wegen ihrer Kapitulation vor der Volksfront. Folgendes schrieb die GBL an *Workers Vanguard*, die Zeitung unserer amerikanischen Sektion: „Es muß bemerkt werden, daß Eure Organisation die bizarre Position hat, daß Wahlunterstützung für eine Arbeiterpartei, die an einer Volksfront teilnimmt oder mit ihr zu tun hat oder die eine Volksfront bilden will, eine Kapitulation vor der Volksfront bedeutet.“ Wir argumentierten, daß die Volksfront selbst

eine bürgerliche Formation ist, eine Zusicherung im voraus, die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates zu „respektieren“.

In den 80er Jahren, während der antisowjetischen Kampagne des Kalten Krieges, zeigten Grisolia und Ferrando von der GBL (die damals ihren Namen in Revolutionärer Arbeiterbund änderte) deutlich ihren Appetit, die Klassenzusammenarbeit weiterzuführen und ihre Verbindungen zu den Bürokraten der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten, indem sie vor der reaktionären antisowjetischen Kampagne kapitulierten. Tatsächlich wurde in dieser Periode von den westlichen Kommunistischen Parteien, insbesondere der KPI, verlangt, daß sie ihre Treue zu ihren Bourgeoisien zeigen. Die KPI verurteilte die sowjetische Intervention in Afghanistan und unterstützte die gelbe „Gewerkschaft“ Solidarność in Polen. Die Vorläufer von *Proposta* bezogen natürlich auch Stellung gegen die UdSSR und schrien „Solidarität mit Solidarność“, obwohl die große Mehrheit der italienischen Arbeiterklasse sich weigerte, zur Unterstützung der CIA und der polnischen „Gewerkschaft“ des Vatikans zu streiken.

Im Gegensatz zu Cossutta, Bertinotti und anderen heutigen Führern von RC, die damals die Kremlobürokraten mit ihrer bankrotten nationalistischen Linie des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ sklavisch unterstützten, haben wir Trotzki erklärt, daß die Sowjetunion nur durch die sozialistische Weltrevolution verteidigt werden kann. Wir kämpften für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution untergrub. Das setzte die bedingungslose Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution voraus. Deshalb standen wir im Unterschied zu Grisolia und seinesgleichen in entschlossener Opposition gegen die kapitalistischen und restaurativen Elemente wie Lech Walesa und Boris Jelzin.

Baut eine bolschewistische Partei auf!

Der Hauptgrund für den Erfolg der Russischen Revolution ist die Tatsache, daß Lenin und die Bolschewiki in den vorangegangenen Jahren eine politisch und organisatorisch gefestigte Partei geschmiedet haben, die mit einem revolutionären Programm bewaffnet war. Diese Festigkeit wurde durch ständige Kämpfe gegen alle Formen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung erreicht. Als Trotzki eine Parallele zwischen der siegreichen Russischen Oktoberrevolution und der Niederlage der Deutschen Revolution von 1923 zog, kam er zu dem Schluß, daß dem deutschen Proletariat genau eine solche Partei fehlte: „Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen“ (*Lehren des Oktober*), und im Übergangsprogramm schlußfolgerte er: „Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung.“

Wir kämpfen für eine neue Oktoberrevolution. Aber das Mißverhältnis zwischen diesem Zweck und dem gegenwärtigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Jugendlichen und der Linken international ist groß. In ganz Westeuropa hat die Arbeiterklasse zurückgeschlagen und einige der seit Jahren größten und härtesten Kämpfe geführt, doch zum ersten Mal seit der Pariser Kommune identifizieren die Arbeitermassen im Kampf ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht mit den Idealen des Sozialismus oder dem Programm der proletarischen Revolution. Heute halten selbst die subjektiv Linkesten die Idee eher für esoterisch, daß eine proletarische Revolution wie die, die Lenins bolschewistische Partei 1917 in Rußland mit Erfolg durchgeführt hat, der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist. Das liegt in nicht geringem Maße an den Verbrechen der Stalinisten und, bereits vorher, der Sozialdemokraten, die das Programm und

die Ideale des revolutionären Marxismus in den Dreck zogen.

Nicht die Periode zu erkennen, in der wir leben, und nicht die notwendige Beziehung zwischen einer kleinen leninistischen Avantgarde und dem Proletariat anzuerkennen führt zu Desorientierung, Demoralisierung und zu Gelüsten, anderswo nach einer „Antwort“ zu suchen. Wie Trotzki 1937 in seinem Artikel „Stalinismus und Bolschewismus“ bemerkte:

„Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück. Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen – es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als ‚Sektierertum‘. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen neuen gigantischen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges.“

Wir kämpfen dafür, die Aufgabe zu Ende zu führen, die von Lenin und Trotzki angefangen wurde, als sie die Arbeiterklasse 1917 in Rußland zum Sieg führten – also den Klassenkampf zum siegreichen Abschluß zu bringen, so daß die Staatsmacht weltweit in Arbeiterräten verkörpert ist. *Proposta* hat nichts anzubieten für Frauen, Jugendliche, Immigranten und Minderheiten und will sie ghettoisieren. Wir wollen eine leninistische Partei aufbauen, einen „Volkstribun“, der aktiv die Arbeiterklasse mobilisiert, um alle Formen der besonderen Unterdrückung zu bekämpfen. *Proposta* besteht darauf, daß Rifondazione reformiert werden muß. Wir erkennen, daß Rifondazione Comunista die Sorte von Partei ist, die Lenin als bürgerliche Arbeiterpartei beschrieb, die von Revolutionären gespalten werden muß, indem sie die Basis von der Führung trennen. *Proposta* kämpft für eine Politik der Klassenzusammenarbeit auf nationalem Boden und läßt internationale Fragen für Sonntagsreden übrig. Wir sind Teil einer politisch und organisatorisch kohärenten Internationale, die auf der Grundlage der Lehren der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale und von Trotzki's Vierter Internationale geschmiedet wurde. *Proposta* will die Arbeiterklasse vor den Karren der Bourgeoisie spannen. Wir kämpfen für die sozialistische Revolution in der ganzen Welt. Schließt euch uns an!■

Abonniert!

**Zeitung der
Lega trotskista
d'Italia**

4 Ausgaben
DM 6,-

Bestellt bei:
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60



Immigration...

Fortsetzung von Seite 24

In den 60er und Anfang der 70er Jahre gab es in Europa eine weitere Periode von politischen Instabilität, bedingt durch eine Serie von langen, verlorengegangenen Kolonialkriegen – in Algerien, Vietnam, Angola, Mosambik. Eine neue Generation von militanten Arbeiter- und Studentenjugendlichen trat hervor, die gegenüber den traditionellen sozialdemokratischen und moskauorientierten stalinisti-



Dennis Morris

In den 50er Jahren wurden Immigranten aus Westindien und Südasiens als billige Arbeitskräfte nach Britannien geholt

schen Parteien feindselig waren. Im südlicheren Europa gipfelte diese Periode der Radikalisierung in den vorrevolutionären Ereignissen vom Mai/Juni 1968 in Frankreich und im „Heißen Herbst“ des folgenden Jahres in Italien, und später in der Portugiesischen Revolution von 1974/75. Um die bürgerliche Ordnung an der Südflanke der NATO wieder zu stabilisieren, wurden der Arbeiterklasse größere Konzessionen gemacht, während gleichzeitig die Sozialdemokratie in der Region gezielt gestärkt wurde.

Vom Ende der 40er bis Ende der 70er Jahre erkaufte die westeuropäische Bourgeoisie den sozialen Frieden und kooptierte die reformistischen (sozialdemokratischen und stalinistischen) Bürokratien, indem sie eine gegenüber der historischen Norm *niedrigere Ausbeutungsrate* akzeptier-

ten. Dies machte es jedoch zunehmend schwierig und wirtschaftlich einheimische westeuropäische Arbeiter am unteren Ende des Arbeitsmarktes einzusetzen – für Arbeiten, die historisch von der bäuerlichen Jugend ausgeführt wurden, die frisch vom Lande kam. Um westdeutsche, französische oder holländische Jugendliche dazu zu bringen, als unqualifizierte Hilfsarbeiter zu arbeiten – besonders in Jobs, die hart, schmutzig, gefährlich sind oder als erniedrigend betrachtet werden (z. B. Hausdiener) –, hätte die *ganze Skala der Löhne und Nebenkosten* auf Ebenen hochgeschraubt werden müssen, die mit Profitabilität unvereinbar sind. In den 60er Jahren waren junge Westdeutsche einfach nicht bereit, Jobs wie Müllfahrer oder Hausmeister anzunehmen. Und diese Haltung ist jetzt sogar im rückständigeren südlichen Teil von Europa vorherrschend. Wie ein Regierungsbeamter in Rom feststellte: „Heutzutage hat man einen ägyptischen Koch und ein Hausmädchen von den Philippinen. Es gibt gewisse Jobs, die Italiener nicht mehr machen wollen“ (*New York Times*, 8. September 1994).

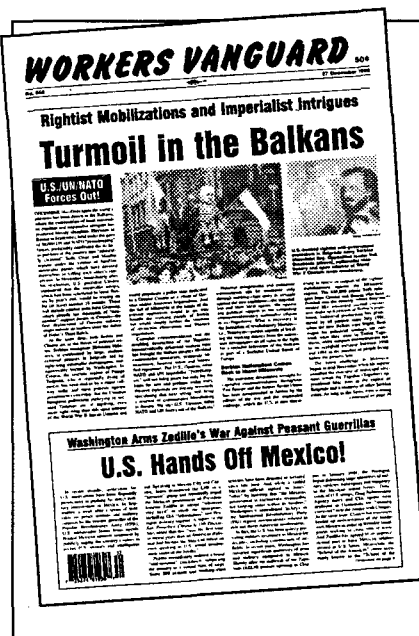
Der Kalte Krieg, der „Sozialstaat“ und Massenimmigration in Westeuropa

Der relative Wohlstand, „sozialstaatliche“ Leistungen und das erhöhte kulturelle Niveau Westeuropas nach 1945 haben eine bedeutende Änderung im sozialen Leben und in den demographischen Verhältnissen herbeigeführt. Frauen – traditionell Hausfrauen, die von ihren Männern abhängig waren – gingen arbeiten. Die Geburtenrate ging stark zurück, selbst in traditionell katholischen Ländern wie Italien. Es gibt jetzt mehr Italiener im Alter von über 65 als unter 15. So wurde die Auswirkung der höheren Kosten für einheimische Arbeitskräfte durch ein reduziertes Angebot verstärkt. Abgesehen von einer massiven Dauerarbeitslosigkeit und einem politischen Sturmangriff auf den „Sozialstaat“, konnte der westeuropäische Kapitalismus eine akzeptable Ausbeutungsrate nur durch die großangelegte Einfuhr von Arbeitskräfte aus armen Ländern aufrechterhalten.

Zudem führte der Kalte Krieg indirekt dazu, daß diese armen Länder zunehmend zu Neokolonien nach Art der „Dritten Welt“ wurden, besonders die traditionell islamischen Regionen in Nordafrika und Anatolien (dem asiatischen Teil der Türkei). Vor dem Zweiten Weltkrieg war Osteuropa für den entwickelteren westlichen Teil des Kontinents eine wichtige Quelle von ausländischen Arbeitskräften. Zum Beispiel gab es in den 20er und 30er Jahren in Nordfrankreich und Belgien einen hohen Prozentsatz von polnischen Bergarbeitern.

Die rapide Industrialisierung der osteuropäischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten nach 1945, die auf kollektivierter Planwirtschaft basierten, absorbierte die bäuerliche und arbeitslose städtische Jugend, die in früheren Generationen in Westeuropa gearbeitet hätte oder in die Vereinigten Staaten emigriert wäre. Da die stalinistischen Regime das gesamte Nationalprodukt zu maximieren suchten (nicht die Profitrate), verhinderten sie auch durch polizeistaatliche Kontrollen die Emigration. So hörte Osteuropa mit Ausnahme von Jugoslawien auf, für den westeuropäischen Kapitalismus eine Quelle billiger ausländischer Arbeitskräfte zu sein, bis 1989/90 die Konterrevolution durch die Region fegte.

Die ersten Wellen der Immigranten in Westeuropa kam aus ärmeren europäischen Ländern – Iren in Britannien, Spanier und Portugiesen in Frankreich, Italiener, Griechen und Jugoslawen in Westdeutschland. Jedoch reduzierten die kombinierten Auswirkungen des ökonomischen Wachstums, des steigenden Lebensstandards und der fallenden Geburtenraten in diesen Ländern deren Reservoir an billigen, exportierbaren Arbeitskräfte. Seit den 60er Jahren war die Hauptquelle von Westeuropas importierten Arbeitskräften die „Dritte Welt“ – die karibischen Staaten und Südasiens im



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Women and Revolution

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Fall von Britannien, Nordafrika und Westafrika im Fall von Frankreich, und die Türkei im Fall von Westdeutschland. So wurde in Westeuropa eine größere Bevölkerungsgruppe eingeführt, die nicht weiß und nicht christlich war.

Nach dem globalen wirtschaftlichen Abwärtstrend von 1974/75 versuchten die meisten westeuropäischen Regierungen, die weitere Einwanderung von Arbeitern zu drosseln. Westdeutschland zum Beispiel beschränkte Neu-Immigration auf Familienzusammenführung und auf einige besondere Berufe und Gewerbe. Die Bonner Regierung bot türkischen Arbeitern sogar Einmalzahlungen an, um sie nach Anatolien zurückzuschicken, aber nur wenige nahmen an. Seit Mitte der 70er Jahre ist die „Immigranten“-Bevölkerung hauptsächlich durch die in Europa geborenen Kinder der ursprünglichen Immigranten angewachsen. In Britannien beispielsweise ist die Neu-Immigration seit vielen Jahren praktisch Null, und die Hälfte der 2,5 Millionen, die als Mitglieder von ethnischen Minderheiten eingestuft werden, wurden dort geboren.

Diese Jugendlichen der zweiten Generation lernen in europäischen Schulen, sprechen Englisch, Französisch, Deutsch, Holländisch usw. als ihre Haupt- und oft einzige Sprache und sind mit europäischen und amerikanischen Filmen und Fernsehen aufgewachsen. Die Kinder von pakistanischen Eltern in Britannien würden sich in Karachi vollständig fremd fühlen. Doch obwohl diese Immigranten der zweiten Generation mit der europäischen Kultur verwachsen sind, sind sie nicht assimiliert durch weitverbreitete Verheiratung mit ihren weißen europäischen Zeitgenossen.

Zu dem durchdringenden Rassismus der europäischen Gesellschaft kommt die christlich/muslimische Trennung hinzu. Sicher sind viele, wenn nicht sogar die meisten Araber und Türken der zweiten Generation in Westeuropa nicht religiös. Dies gilt genauso für französische und deutsche Jugendliche. Aber die Entscheidung, über ethnische und religiöse Grenzen hinweg zu heiraten, bedeutet meistens das Risiko, daß das zukünftige Paar von der Verwandtschaft beider Familien abgeschnitten wird. Solche Ehen sind deshalb ungewöhnlich und diejenigen, die doch zustande kommen, sind einem vielseitigen feindlichen sozialen Druck ausgesetzt und weisen eine hohe Scheidungsrate auf. In Deutschland hatten 1990 nur ein Prozent der Kinder türkischer Mütter deutsche Väter. In Frankreich, wo es traditionell eine liberalere Haltung zu Fragen der Hautfarbe und Herkunft gibt, ist der Prozentsatz von solchen Ehen weit höher. 1990 hatte ein Viertel der in Frankreich geborenen Kinder algerischer Mütter Väter französischer Herkunft. Trotzdem gibt es heute in der französischen Gesellschaft eine grundlegende Tendenz gegen die Integration der maghrebischen Gemeinde, verglichen zum Beispiel mit der Assimilation der früheren polnischen Immigranten, die (obwohl manche Juden waren) als „Weiße“ eingestuft wurden.

Die bürgerliche französische Gesellschaft versteht sich selbst nicht als rassistisch im amerikanischen Sinne der Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe. Diejenigen, die sich in die „französische Kultur“ assimilieren, so heißt es, werden als Franzosen akzeptiert. Das ist die „säkulare“ Begründung hinter solchen rassistischen Maßnahmen wie dem Rauschmiß von Mädchen aus der Schule, die das Hijab (islamisches Kopftuch) tragen. Ein besonderes Hindernis gegenüber der Assimilation ist, daß Rassismus in Frankreich auch ein Erbe des Kolonialismus darstellt. Die ehemaligen Kolonialvölker, die von der Bourgeoisie immer als Unter-



Le Bolchévik

Ligue trotskyste de France demonstriert gegen Abschiebung

menschen betrachtet wurden, die mit Gewehr, Bibel und Nationalhymne „zivilisiert“ werden mußten, sind heute der Kern der eingewanderten Arbeiterschaft. Und die rassistische antiarabische Repression wird noch verschärft durch den Haß der Bourgeoisie auf das algerische Volk, das 1962 den französischen Imperialismus besiegte und die nationale Unabhängigkeit gewann.

In den letzten acht Jahren gab es in Frankreich wiederholt massive, integrierte Jugendproteste, wo „französische“ und „immigrierte“ Jugendliche gegen Bullenmorde und gegen die Maßnahmen der Herrschenden demonstrierten, die Kosten für Bildung und Ausbildung zu beschneiden und einen unter dem Mindesttarif liegenden Lohn für jugendliche Arbeiter einzuführen. Aber die französische Linke, die immer noch gut und gerne Zehntausende gegen Atomtests mobilisieren kann, hat im Großen und Ganzen keinen Ton des Protests von sich gegeben, als Legionen von Bullen durch die Metro stürmten, um von jedem, der eine dunkle Hautfarbe hat, „die Ausweise zu kontrollieren“.

Während die von Immigranten stammenden Bevölkerungsgruppen zunehmend isoliert und dem Bullenterror ausgesetzt sind, sieht sich die Jugend aus der zweiten Generation astronomischen Arbeitslosenzahlen ausgeliefert und wird als „kriminell“ stigmatisiert. Die rassistische Unterdrückung erzeugt so direkt eine ethnische Abtrennung der maghrebischen „Gemeinschaft“, die in Abwehr zusammengedrängt wird, und verstärkt damit auch den Einfluß der religiösen und anderen „traditionellen“ Werte. So wird die von Immigranten stammende Jugend, die den herablassenden Rat bekommt, sich zu „assimilieren“, in Wirklichkeit durch rassistische Unterdrückung und Gleichgültigkeit zurück in die Umarmung ihrer Familien geworfen – eine Umklammerung, die oft enger ist, als gerade junge Frauen sie wählen würden, wenn sie die Option hätten, sich in eine egalitäre, pluralistische, antirassistische Gesellschaft zu integrieren.

Trotz vieler Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Ländern gibt es die grundlegende soziale Tatsache, daß jetzt innerhalb des westeuropäischen bürgerlichen Nationalstaatsystems große Bevölkerungsgruppen von dunkelhäutigen Nichteuropäern leben. Und diese Gemeinschaften sind zur Hauptzielscheibe der bürgerlichen Reaktion geworden, die durch die kapitalistische Konterrevolution im sowjetischen Block angeheizt wurde.

[WIRD FORTGESETZT]

SPARTAKIST

Immigration und die rassistische „Festung Europa“

Nachstehend veröffentlichen wir den zweiten Teil eines Artikels, der zuerst in Spartacist (französische Ausgabe, Nr. 29, Sommer 1996) unter der Überschrift „Immigration und rassistische Unterdrückung in Europa“ erschienen ist. Unsere Übersetzung erfolgte aus der leicht redigierten Fassung in Workers Vanguard Nr. 653, 11. Oktober 1996. Aus Platzgründen erscheint der dritte und letzte Teil des Artikels erst in der nächsten Ausgabe des Spartakist.

Warum sind im Laufe der letzten paar Jahrzehnte so viele außereuropäische Immigranten nach Westeuropa gekommen und haben sich dort angesiedelt? Warum haben Immigranten der zweiten Generation (nordafrikanische und afrikanische Jugendliche in Frankreich, türkische und kurdische Jugendliche in Deutschland), die kaum noch die Sprache des Herkunftslandes ihrer Eltern sprechen, sich nicht weitgehend in die ansässige Bevölkerung assimiliert durch Verheiratung, wie es Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Kinder von italienischen und

Vorkriegsbedingungen der Weltwirtschaftskrise und des faschistischen Aufstiegs. Gleichzeitig unterstützte und finanzierte der amerikanische Imperialismus sozialdemokratische Bürokraten in den Gewerkschaften und antikomunistische reformistische Parteien, um die NATO-Allianz gegen den sowjetischen Block zu befestigen. Dies war der Ursprung der Sozialleistungen, die als „Sozialstaat“ bekannt wurden – kostenlose oder billige medizinische Versorgung, teilweise durch die Regierung finanzierte Renten und Arbeitslosenversicherungen, jährlich vier oder fünf Wochen bezahlter Urlaub usw.

Fortgesetzt auf Seite 22

Teil zwei von drei

spanischen eingewanderten Arbeitern in Frankreich taten? Warum hat in den letzten Jahren Rassismus gegen Immigranten zunehmend das politische und soziale Leben in Westeuropa dominiert? Die Antworten auf diese Fragen wurzeln in der Kalten-Kriegs-Teilung Europas nach 1945, die mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion zu Ende ging.

Europa stand am Ende des Zweiten Weltkrieges am Vorabend einer sozialen Revolution. Die Sowjetunion hatte durch den Sieg der Roten Armee über Hitlers Wehrmacht ein gewaltiges Ansehen gewonnen, während große Teile der europäischen Bourgeoisien wegen ihrer Kollaboration mit den Nazi-Besatzern verachtet wurden. Besonders in Italien und Frankreich errangen darüber hinaus die Kommunistischen Parteien eine enorm gestärkte Autorität in der Arbeiterklasse. Um die arbeitenden Massen zu besänftigen, mit der unentbehrlichen Hilfe der Sozialdemokraten und der Stalinisten (die nach dem Krieg in „Volksfront“-Regierungen mit kapitalistischen Parteien eintraten), mußte die Bourgeoisie einen weit besseren Deal anbieten als die



L'Espresso

Oben: Demo zur Verteidigung von Immigranten 1992 in Italien.
Unten: Arbeiter nordafrikanischer Herkunft spielten 1983 wichtige Rolle im Streik bei Peugeot, Frankreich



Sygma

Für eine leninistische Partei als Volkstribun!